

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

ersch. wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellungen bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 14 II  
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorherg. Gebührenerscheinung auf Postbeschl. Alfred Kriebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Reaktionsfrei.

## Wirtschaftskrise und Tarifbewegung

Die große Krise, die seit geraumer Zeit die gesamte Wirtschaft erschüttert, hat natürlich auch auf die Lohn- und Tarifvertragsbewegung nachhaltenden Einfluß ausgeübt. Dabei ist noch die besondere Struktur der einzelnen Industrien und der einzelnen Gewerbe zu beachten. Soweit unsere Berufe und Branchen von der Krise beeinflusst werden, geben unsere allmonatlich veröffentlichten Zahlen über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit genügenden Aufschluß. Nach den Berichten, die uns über den Monat Mai zugehen, ist wiederum eine weitere Steigerung in der Zahl unserer erwerbslosen Mitglieder, sowie der Kurzarbeiter festzustellen. Waren im Monat April 25,5 Proz. arbeitslos, so wies der Monat Mai 30 Proz. auf. Die Kurzarbeit war von 16,4 Proz. im Monat April auf 16,8 Proz. im Mai gestiegen.

Berücksichtigt man, daß für einen Teil unserer Branchen, vornehmlich für die Tapezierer, Koffer- und Lederwaren- und einigen kleineren Branchen die Monate März, April, Mai eigentlich in früheren Jahren nicht bei schlechter Konjunktur doch etwas Belebung auf den Arbeitsmarkt brachten, so muß diesmal festzustellen werden, daß auch hier ein weiterer Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden ist, wenn man die Verhältnisse im Reichsmaßstab betrachtet. Nur ganz vereinzelt durch besondere Umstände haben einige Orte eine schwache vorübergehende Belebung in einzelnen Branchen gezeigt.

In der Lederwarenindustrie ist im Verlauf des letzten Jahres vom März 1929 bis März 1930 die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat mit einigen Schwankungen gestiegen. Vergleicht man den Monat März mit dem des Vorjahres, so beträgt das Mehr 7,7 Proz. Zurzeit sind rund 30 Proz. unserer Mitglieder in dieser Industrie arbeitslos. Die Kurzarbeiter nicht eingerechnet.

Es wäre aber nicht richtig, nach der Zahl der Arbeitslosen allein die Produktivität einer Industrie zu beurteilen. Bekannt ist, daß in der Lederwarenindustrie durch die rapide Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte unsere Facharbeiter verdrängt werden. Die weitere Ausdehnung der Heimarbeit kommt hinzu. Ferner ist zu beachten, daß die Produktionskapazität der vorhandenen Betriebe namentlich in der Kofferindustrie in keinem Verhältnis zur Abgabemöglichkeit steht. Selbst in wirtschaftlich guten Zeiten können die vorhandenen Betriebe ihre Produktionsanlage nicht völlig ausnützen. Es sind eben zu viele Betriebe vorhanden. In Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes, in der wir uns befinden, ist es deshalb erklärlich, daß sich die meisten Betriebe wegen Mangel an Aufträgen nur zur Not durchhalten. In der Regel ist es der Apparat, der laufend Kosten verursacht, nicht die Löhne der Arbeiter oder die sozialen Lasten, denn diese werden je erhaltungsgemäß durch Entlassungen auf das niedrigste Maß reduziert. Bei diesen Umständen in Verbindung stark vermindertem Auftragserteilung werden manche Betriebe auf eine harte Probe bezüglich ihrer Rentabilität gestellt. Die Konkurrenz, die in dieser Industrie und besonders an einzelnen Plätzen sich in letzter Zeit mehrt, sind bei genauer Kenntnis der Sachlage durch die veränderten Produktionsverhältnisse zu erklären, und nicht, wie der größte Teil der Arbeitgeber nach den bekannten Methoden die Dinge hinzustellen bestreben, als wären die Löhne und sozialen Lasten daran schuld. Nach dürfte es in früherer Erinnerung sein, wie in den letzten Jahren so oft aus berufenem Munde konangebender Arbeitgeber der Lederwaren-

industrie erklärt wurde, daß durch die technische Umstellung der Lohnanteil am Produkt sehr heruntergedrückt werden konnte und am einzelnen Stück sehr niedrig in Rechnung falle. Aber bei jedem Tarifkampf, wie wir in Süddeutschland dies wieder feststellen konnten, steht der Lohnabbau im Vordergrund, indem man versucht, den Lohnschlüssel in den einzelnen Positionen nach unten zu drücken. Die Regierung hat durch ihr bekanntes Reformprogramm noch einen besonderen Anstoß dazu gegeben und abbaufähigere Arbeitgeber auf den Geschmack gebracht.

Die süddeutschen Arbeitgeberorganisationen in der Lederwarenindustrie, vornehmlich in Offenbach und Stuttgart, ferner in Nürnberg, hatten angesichts der Gesamtwirtschaftslage und aus den besonderen Verhältnissen ihrer Industrie heraus sich wahrscheinlich mit dem Gedanken getragen, daß es diesmal gelingt bei der herrschenden Wirtschaftsmisere wesentliche Verschlechterungen auch in tarifvertraglicher Hinsicht zu schaffen. Daß dies nicht gelungen ist, dürfte aus den Berichten dieser Orte in der Zeitung bereits bekannt sein. Die langwierigen Verhandlungen in Offenbach und Stuttgart waren Beweis dafür, wie hart diesmal um die in Frage gestellten Positionen gerungen wurde. Nach dem vorliegenden Ergebnis von diesen drei Tarifbezirken — die etwa für 8000 Beschäftigte die Arbeitsbedingungen regeln — kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß es unserer Organisation trotz alledem gelungen ist, die wesentlichen Positionen der bisherigen Verträge voll aufrechtzuerhalten. Wurden uns durch Schiedspruch auch einige Unannehmlichkeiten aufgefallen, so muß doch betont werden, daß es unseren Unterhändlern in Zeit und Nerven aufreibender Arbeit gelang, jede weitergehende Verschlechterung entschieden abzuwehren.

Wie bekannt, wurden die Verträge für das Offenbacher Gebiet und für Stuttgart-Württemberg auf die Dauer von zwei Jahren wieder abgeschlossen. Auch der Vertrag für Bayern fand ohne Änderung mit einer geringen Verbesserung eine zweijährige Verlängerung.

Nur durch die Organisation sind wir imstande, auch in dieser Zeit, die gekennzeichnet ist durch den immer noch wachsenden Tiefstand der gesamten wirtschaftlichen Lage, das einmal Erreungene zu verteidigen und zu halten.

Die Lage im Tapezierergewerbe, die allgemein von der Gesamtwirtschaft abhängig ist, wurde noch durch die niedergehende geringe Bautätigkeit im Verlauf der letzten Monate stark beeinträchtigt. Die Zahl der Erwerbslosen ist im Vergleich der letzten Jahre ebenfalls sehr erheblich gestiegen. Waren im März 1929 23,7 Proz. als beschäftigungslos gezählt worden, so waren in demselben Monat dieses Jahres 30,4 Proz. unserer Verbandskollegen arbeitslos. Dazu kommt die Entwicklung der letzten Jahre, die neben den handwerklichen Betrieben mit der Zeit für das Gewerbe beachtliche Spezialbetriebe mit weitest gehender Arbeitsteilung begünstigt hat. Auch der Export von Polstermöbeln von den großen Spezialbetrieben im Bereich ganzer Wirtschaftsbezirke hat das hodenländige örtliche Gewerbe stark beeinflusst und so manchem Handwerksmeister die Aufträge genommen. Die große Schaar der Kleinstmeister dürfte in der jetzigen Zeit, selbst durch starke Preisunterbietungen, um Arbeit zu erhalten, dem Vordringen der Stapelmöbelherstellung kaum genügend Widerstand entgegenzusetzen können.

Tariffbewegungen, die alljährlich sehr rege im Tapezierergewerbe bei Beginn der Frühjahrskonjunktur einlehen, waren im Verlauf des ersten Halbjahres infolge des Daniederliegens des Geschäftes nur vereinzelt zu verzeichnen. Zwar wurde ein Teil der Tarife gekündigt, jedoch wurden diese mit einer einzigen Ausnahme in ihrer bisherigen Fassung wieder vereinbart. Die Arbeitgeber mußten sich davon überzeugen, daß ihre Absichten, Verschlechterungen durchzuführen, an dem Widerstand unserer Organisation scheiterten. Neu abgeschlossen wurden Verträge in Bielefeld und Gleiwitz. Dadurch hat sich die Zahl der Ortstarife weiter erhöht und kann für Schließens insofern ein Fortschritt gebucht werden, weil fast alle größeren Orte jetzt tariflich gebunden sind. Das Tarifnetz im Tapezierergewerbe, das sich über das ganze Reich erstreckt, ist stabil.

Das Vertragsverhältnis in den anderen Branchen hat bisher keine Veränderung erfahren. Für Danzig wurde ein örtlicher Treibriemenvertrag geschaffen. Zusammenfassend sei darauf hingewiesen, daß trotz der schweren Krise im gesamten Wirtschaftsleben und deren Tiefstand wir noch anscheinend durchzufolgen haben, durch die Kraft der Organisation es gelang, unser Tarifwesen bisher auf der ganzen Linie in allen Branchen aufrechtzuerhalten und durch die Neuabschlüsse wiederum zu festigen. Es muß deshalb immer wieder betont werden, daß eine gut gefügte Organisation selbst in außerordentlichen Zeiten als Bollwerk gegen reaktionäre Angriffe von Seiten der Arbeitgeber die erste Vorbedingung ist. Die Organisation auszubauen und zu stärken muß deshalb Pflicht jedes denkenden Arbeiters und jeder Arbeiterin sein. —f. g.—

### Die Lohnabbauoffensive unter falscher Flagge.

Der eingeleitete allgemeine Lohnabbau, der als Beginn und Vorbedingung einer Gesundung der deutschen Wirtschaft und als Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit angepriesen wird, dürfte sich als eine arge Täuschung erweisen. Die Frage erscheint uns von so außerordentlicher Bedeutung für unsere Kollegenschaft, daß wir glauben, sie kurz behandeln zu sollen.

Die langanhaltende wirtschaftliche Depression hat sich zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise entwickelt, die bereits einen bedrohlichen Umfang angenommen hat. Von dieser Wirtschaftskrise sind die drei bedeutendsten Industrieländer Amerika, England und Deutschland ergriffen. Man zählt in den drei genannten Ländern zurzeit über 10 Millionen Arbeitslose.

Diese internationale Erscheinung zeigt uns die allgemeine Verbundenheit der Wirtschaft über die Landesgrenzen hinaus. Für die freitgewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse durchaus keine Verheißung, hat sie doch seit Jahrzehnten ihre wirtschaftliche Organisation auch international auf- und ausgebaut.

Für Deutschland hat nun diese Frage noch eine besondere Rolle, sollen doch auch die aus dem gewaltigen Böllermorden entstandenen Tributzahlungen aus den Ertragnissen der Wirtschaft bestritten werden. Nachdem nun die damit zusammenhängenden außenpolitischen Fragen einen vorläufigen Abschluß gefunden haben, hat der Kampf um die innere Lastenverteilung mit aller Schärfe angefangen. Es handelt sich um den konzentrierten Angriff auf die Lebenshaltung der gesamten arbeitenden Klasse, eröffnet von der Schlüssel- und Schwerindustrie, willig

unterstützt von den Schlichtungsinstanzen und dem derzeitigen Reichsarbeitsminister.

Seit Monaten hat man der deutschen Öffentlichkeit den Gedanken suggeriert, daß durch einen allgemeinen durchgeführten Lohnabbau eine Preisentwertung aller Produkte eintreten würde, die zur Ueberwindung der katastrophalen Krise auf dem Arbeitsmarkt führen wird.

Parole „Preisabbau“ wurde in der jüngsten Vergangenheit schon einmal als Rettung aus allen wirtschaftlichen Nöten angepriesen. Das Reichskabinett Luther, das am 12. Mai 1926 in der Vertiefung versank, hatte den Preisabbau in ihr Programm aufgenommen und der Reichstasler hatte sich sehr stark dafür eingesetzt. Preisabbau bei gleichbleibenden Löhnen führt zur Erhöhung der Kaufkraft der großen Masse des Volkes, deshalb lag in dieser Ankündigung der damaligen Reichsregierung immerhin eine gewisse Logik. Leider blieb der mit so großen Worten angekündigte Preisabbau, aus. Die einzige Wirkung war eine Stagnation der Löhne, während das vertrustete Großunternehmertum durch kartellmäßig gebundene Preispolitik die Preise der von ihnen beherrschten Produkte weiter in die Höhe trieb. Herr Luther steht heute als Reichsbankpräsident an hervorragender Stelle im Wirtschaftsleben. Wie weit bei der jetzt eingeleiteten Aktion seine Mitwirkung reicht, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die großangelegte Aktion der Regierung Luther scheiterte an dem Machtwillen der Beherrscher von Industrie und Handel. Anzwischen haben die kartellmäßig gebundenen Preise einen Stand erreicht, der nicht mehr in Einklang zu bringen ist mit den Weltmarktpreisen und sich auf der jetzigen Höhe nicht mehr halten läßt. Eine Senkung der überlegten Preise ist zur unabsehbaren Notwendigkeit geworden. In dieser Situation steht nun der Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter ein. Indem man den notwendigen Preisabbau mit einem Abbau der Löhne verbindet, muß die notwendige Belebung des Arbeitsmarktes ausbleiben, denn bei sinkenden Löhnen ist eine Stärkung der Kaufkraft, die eine Vorbedingung zur Gesundung der Wirtschaft ist, unmöglich.

Zur Ergänzung des Gesagten diene kurz folgendes. Wenn bei Betrachtungen über die Wirtschaftslage Deutschlands immer auf den Export hingewiesen wird, und die Lohnentwertung mit der Notwendigkeit der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt begründet wird, so muß doch betont werden, daß die deutsche Industrie 80 Proz. ihrer Erzeugnisse im Inland absetzt und nur 20 Proz. für die Ausfuhr in Frage kommen, daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß in erster Linie die Stärkung der inneren Kaufkraft der großen Verbrauchermassen das Mittel zur Hebung und Belebung des deutschen Warenmarktes sein muß. Die Besserung kann nur eintreten durch eine planmäßige Senkung der Warenpreise bei gleichbleibenden Löhnen, während eine Senkung des Lohnniveaus eine weitere Verschlechterung zur Folge haben muß.

Die Ursachen der Krise und der großen Arbeitslosigkeit liegen neben Erscheinungen aus dem Weltmarkt im wesentlichen in der sprunghaften Rationalisierung der Industrie. Der technische Fortschritt hat die Produktion derart gesteigert, daß für die Produkte die Absatzmöglichkeiten fehlen, deshalb ist eine Verkrüppelung der Arbeitszeit eine notwendige Voraussetzung, ohne die es bei der fortschreitenden Entwicklung der Technik nicht möglich ist, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Ist es nicht heller Wahnsinn, wenn alle Erzeugnisse der modernen Technik nur dazu führen sollen, daß Millionen Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden, während die anderen im verschärften Arbeitstempo, in einer schon lange nicht mehr notwendigen Arbeitszeit sich frühzeitig aufreizen? Die Arbeiterschaft kann und wird sich auf die Dauer diesen Zustand nicht gefallen lassen.

Die Anurbelegung der Wirtschaft durch die Verquickung von Lohnabbau und Preisentwertung ist eine Unmöglichkeit. Die Wäter dieser Aktion werden sich darüber wohl nicht im unklaren sein. Der in Aussicht genommene geringfügige Preisabbau dürfte in den Kanälen der weiterverarbeitenden Industrie und des Handels steckenbleiben. Durch den Lohnabbau, falls er gelingen sollte, würde eine weitere Schwächung der Kaufkraft eintreten und statt einer Belebung eine weitere Verschlechterung des Marktes nach sich ziehen.

In dem Manteltarifstreit der Gruppe Nordwest der Eisenindustrie ist der Schiedspruch vom 26. Mai 1930, den die Arbeitnehmer abgelehnt hatten, nunmehr vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Dieser Schiedspruch beseitigt die Seewerks-Klausel, durch welche die überarbeitslichen Verdienste vor dem Abbau geschützt waren. Nach der Verbindlichkeiterklärung dieses Schiedspruches ist die Bahn frei für einen 7 1/2-prozentigen Lohnabbau bei der Nordwestgruppe. Der Kampf ist von den Unternehmern bereits durch Massenindignationen der Arbeiterinnen und Arbeiter eröffnet, die Arbeiterschaft wird in der Abwehr ihren Mann stehen.

Was sich in den nächsten Wochen im Nordwesten abspielt, ist der Auftakt zum Kampf um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. In diesem Ringen muß die gesamte Arbeiterschaft einig und geschlossen zusammenstehen.

Auch die Unternehmer in unserem Beruf wird der Ruhm nicht schlafen lassen. Unseren Kollegen ist ja durch die Erfahrungen in den Betrieben, das Gerede von den zu hohen Löhnen zur Genüge bekannt. Alle Versuche, die bestehenden Accord- und Stundenlöhne abzubauen, sind unbedingt zurückzuweisen und sofort der Organisation zu melden.

Kollegen, die Situation ist außerordentlich ernst! Deshalb müssen alle Kolleginnen und Kollegen für die Stärkung der Organisation Sorge tragen. Nur die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft verbürgt den Erfolg. Auch in der Abwehr der Angriffe und der Vereitelung des Erreichens zeigt sich die Notwendigkeit der Organisation.

E. P. Kowalski.

### Freie Gewerkschaften gegen Bauparkassen.

Ein Arbeitsausschuß der Spitzenverbände der freien Gewerkschaften hat sich mit der Frage des Bauparkassenwesens eingehend beschäftigt und untersucht, ob Bauparkassen der breiten Masse der Arbeitnehmer Vorteile bieten können, und ob der Beitritt zu einer Bauparkasse empfohlen werden kann.

Der Ausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die seit 1924 in Deutschland gegründeten kollektiven Eigenheimbauparkassen nicht geeignet sind, eine Verbesserung der Wohnungsverordnung der arbeitenden Bevölkerung zu erreichen. Das Eigenheimbauparkassen bringt derart hohe finanzielle Lasten mit sich, daß es bei den bestehenden Lohn- und Gehaltsverhältnissen für die Arbeitnehmerschaft nicht in Frage kommt. Der Erwerb eines bescheidensten Anpruchs kaum genügenden Eigenheimes mit 12 000 Mk. Herstellungskosten würde zum Beispiel ein monatliches Nettoeinkommen von 280 Mk. auf die Dauer von 20 Jahren zur Voraussetzung haben müssen. Ueber derart hohe, zugleich auch gesicherte und gleichbleibende Einkommen aus viele Jahre hinaus verfügt die breite Masse der Arbeitnehmer aber nicht.

Die bisherige Anziehungskraft der Bauparkassen geht in erster Linie auf eine Reihe von Illusionen der Sparer zurück, die durch mitunter sehr ansehbare Propagandamethoden vieler Bauparkassen erweckt worden sind. Jede Bauparkasse hat den Charakter einer Lotterie, gleichgültig nach welchem der vielen Zuteilungssysteme sie arbeitet. Es kann jeweils immer nur ein Teil der Sparer befristet werden, wobei es ungewiß bleibt, zu welchem Zeitpunkt der einzelne seinen Eigenheimkredit erhält. Durch diese Lotterieverhältnisse, die ihm — und zwar auf Kosten seiner wartenden Spargenossen — einen billigen Eigenheimkredit versprechen, angelockt, läuft der Sparer Gefahr, bis zum Ende der langjährigen Sparzeiten, die bei einzelnen Käufen bis zu 50 Jahren betragen, auf die Auszahlung warten zu müssen. Seine regelmäßig einzuzahlenden Sparbeiträge werden ihm während dieser Zeit gar nicht oder ganz geringfügig verzinst und bei Vertragskündigung nicht sofort ausbezahlt. Das Bauparkassen schwächt also bei Verschlechterung der persönlichen Verhältnisse des Sparers, besonders bei eintretender Arbeitslosigkeit, seine wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit.

Die Bauparkassen können die oft behauptete allgemeine Verbilligung des Eigenheimwohnens nicht bieten. Die niedrigen Darlehnszinsen der Bauparkassen sind nur möglich, weil auch die Einlagen niedrig verzinst werden. Die Vorteile der niedrigen Darlehnszinsen werden für die Gesamtheit der Bauparker durch die niedrige Verzinsung ihrer Einlagen aufgehoben. Zudem erfolgt die Auszahlung eines Bauparkassendarlehens nur, wenn außerdem das zur Restfinanzierung des Bauvorhabens notwendige Eigenkapital des Sparers vorhanden ist. Das letztere würde bei den heutigen Finanzierungsverhältnissen auch ohne Hilfe einer Bauparkasse zum Bauen ausreichen. Der Bauparker hat auch nach der Auslösung keine Garantie, seinen Eigenheimplan zu verwirklichen, weil sich die Baukosten, die Hypothekenzinsen und die Hausinschutzpolitik innerhalb der langen Bauparkassen wesentlich ändern können.

Schließlich kommt hinzu, daß wegen der außerordentlich hohen Beleihungsgrenze für Bauparkassenhypotheken (80 bis 90 Proz. des Bau- und Bodenwertes) auch bei einwandfreier Verwaltung der Bauparkasse eine volle Sicherheit der Spareinlagen nicht gewährleistet werden kann. Das Risiko wird erhöht durch die Tatsache, daß Bauparkassen darlehens zwangsläufig oft für unrationell und in

schlechter Verlehrsage gebaute Eigenheime gegeben werden müssen.

Das System der Bauparkassen bleibt also selbst bei einwandfreier Verwaltung der Spargelder höchst fragwürdig. Anzeichen einer Ernüchterung der Bauparker sind heute bereits festzustellen. Die Illusionen über das Sparsparen werden — je länger die eingegangene Sparverpflichtung durchgehalten werden muß — rapid vernichtet durch die monatlich zu zahlenden Raten, die eine hohe wirtschaftliche Belastung darstellen.

Alle diese Erwägungen lassen es dringend ratham erscheinen, den Arbeitern und Angestellten von dem Beitritt zu den Bauparkassen abzuraten. Es muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß das organisierte Sparen für den Wohnungsbau seit Jahrzehnten von bewährten Wohnungsbauvereinigungen gepflegt wird, und zwar in Formen, die der arbeitenden Bevölkerung die Beschaffung von gesunden und zweckmäßigen Wohnungen durch Selbsthilfe ermöglichen.

### Gesundheitspolitik der Arbeiterschaft.

Der Verband Volksgeundheit, der sich die Vertretung der Arbeiterforderungen für die Gesundheitspolitik in Reich, Staat und Gemeinden zur Aufgabe gesetzt hat, veranstaltete anlässlich der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden einen Gesundheitspolitischen Kongress, den einzigen, der den vielen anderen Tagungen die Förderung der Arbeiterschaft entgegenstellen sollte.

Der Kongress wurde eingeleitet mit einem Vortrag Dr. Friedrich Wolfs, des bekannten Verfassers von „Gynakali“, über aktuelle Forderungen zur Gesundheitspolitik. Der Genosse Dr. A. Grotzahn von der Universität Berlin sprach über „Spezialismus und Geburtenproblem“. Er forderte Anpassung der Geburtenregelung an den Nahrungs- und Kulturpielraum jedes einzelnen Landes durch Anwendung der die natürliche Fruchtbarkeit hemmenden oder sie fördernden Faktoren; ferner die Schaffung einer obligatorischen Rentenerwerbsversicherung für jedes Kind. Als Korreferent behandelte Genosse Dr. Julian Marcuse, München, die Regelung der Nachkommenschaft als sozialhygienisches und eugenisches Problem. Er betonte die soziale und ökonomische Entwicklung der Arbeiterschaft als bestimmenden Faktor des Geburtenrückganges. Körperlich die Willkürwirkungen, Keimvergiftungen, Herabsetzung der Zeugungs- und Gebärfähigkeit durch den Arbeitsprozeß; ferner die Herabsetzung des Zeugungswillens u. m. Für die Gegenwartsverhältnisse ist entscheidend die Frage nach der Existenzmöglichkeit der Nachkommenschaft, die von der Arbeiterschaft nicht gewährleistet werden kann und die dazu führen muß, die Kinderzahl bewußt klein zu halten. Eine lebhafteste Debatte schloß sich an, in der die Ausführungen Grotzahns keine Zustimmung fanden und die Bedeutung der sozialen Lage als bestimmenden Faktor für die Frage der Geburtenregelung immer wieder betont wurde.

Am dritten Tage des vom Verband Volksgeundheit in Dresden veranstalteten Gesundheitspolitischen Kongresses sprach zunächst die Genossin Frau Dr. Stegmann, Dresden, M. D., über Wahlrechtspolitische Gegenwartsfragen. Im Mittelpunkt dieses Referats stand die Impfsfrage. Sie wandte sich u. a. gegen den Impfschwang, der ja in letzter Zeit durch Entscheidung des Reichsgesundheitsrates und durch eine Verordnung des Genossen Seewerks schon ein klein wenig gelockert worden ist. Besonders Interesse hat in letzter Zeit auch der Kampf um die Kurierfreiheit gefunden. Der Untern der Standesorganisation der Ärzte gegen die Kurierfreiheit hat erfreulicherweise im Reichstag keine Mehrheit gefunden und es ist auch zu erwarten, daß in absehbarer Zeit die Laienheilkundigen aus dem Recht zur Heilpraxis ausgeschlossen werden. Gegen wirkliche Kurpfuscher kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen schon tatkräftig genug vorgegangen werden.

Am vierten Tage sprach Dr. Steinle, Berlin, über Zwangsimpfung oder Gewissenslauf. Es geht nicht an, einen Zwang zur Durchführung der Impfung auszuüben, solange nicht einwandfrei der Nutzen und die Unschädlichkeit einer Impfung festgestellt. Leider kam es bei der Aussprache und bei dem Schlußwort Dr. Steinle zu lebhaften politischen Auseinandersetzungen, da Dr. Steinle, der als Wissenschaftler geladen war, die Judenfrage hineinzulassen wollte, wogegen der Kongress lebhaft protestierte.

Prof. Dr. Stan. Kuzicka, Breslau, behandelte als letzter Referent dieser wichtigen Tagung „Die Eubiotik als wichtige Grundlage der gesundheitlichen und sozialen Politik“. Er sagte das, was in den vorigen Verhandlungstagen gesagt war, noch einmal zusammen und verlangte, daß das staatsbürgerliche Leben auf eine physiologische Grundlage gestellt wird; denn nur dann kann sich die menschliche Gesellschaft natürlich, ruhig und ersprießlich entwickeln. Hansotto Eggson.



# Betrieb und Wirtschaft

## Die Lohnliste — der Gehaltszettel und der Lehrling.

Soll einigen Wochen bekommt jetzt unser Stiff eine Lohnliste in die Hand gedrückt und freut sich königlich über „seinen Verdienst“. Im kaufmännischen ist man etwas feiner, da gibt es keinen Lohn, dort gibt es Gehalt. Fein lächerlich hat der Werkstattreiber im Lohnbüro oder der Meister selbst das Geldzweckchen ausgefertigt und „gefüllt“.

Habt ihr nun schon mal überlegt, wenn da auf der Lüte oder Zettel steht: Abzüge: Invalidentversicherung, Angestelltenversicherung, Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung usw., was das bedeutet und ob die Abzüge richtig gemacht sind?

Habt ihr schon einmal darüber nachgedacht, welcher Art Sozialversicherungen für euch als Lehrling überhaupt in Frage kommen?

Die paar Zeilen hier in dieser Zeitung können euch nur in groben Umrissen die Versicherungen aufzeigen, die der gewerbliche und kaufmännische Lehrling zu beachten hat. Benutzt die Gelegenheiten, wenn in euren Gewerkschaften über die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung gesprochen wird. Auch erscheinen des öfteren Artikel über diese Frage, die aber erfahrungsgemäß nicht die genügende Beachtung finden — zum Schaden der Arbeiter und Angestellten selbst.

Also mehr Sorgfalt in der Frage der Sozialversicherung. Wer ist versicherungspflichtig?

In der Krankenversicherung alle gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge. Ungeachtet dessen, ob die Lehrlingsvergütung, auch das Alter, spielen dabei keine Rolle. Die Beiträge zahlt zu einem Drittel der Lehrherr und zu zwei Dritteln der Lehrling. Wird kein Barlohn gezahlt, noch Kost und Logis gewährt, so muß der Lehrmeister den vollen Beitrag leisten. Selbstversicherung kommt praktisch nur bei solchen Lehrlingen in Frage, die im elterlichen Betrieb beschäftigt werden. Krankenversicherungsfrei ist kein Lehrling.

In der Invalidentversicherung sind alle die gewerblichen Lehrlinge versicherungspflichtig, die in der Woche mehr als zwei Mark Barlohn erhalten. Das Lebensalter spielt dabei keine Rolle. Als Barlohnabzug ist anzusehen: Lohn — Erziehungsgeld — Kostgeld.

Lehrlinge mit weniger als 2 Mark Entschädigung sowie kaufmännische Lehrlinge sind nicht Invalidentversicherungspflichtig.

Zu den Beiträgen muß der Lehrherr und der Lehrling je die Hälfte tragen. Sofern die Entschädigung niedriger ist als 6 Mk. pro Woche, hat der Lehrherr die vollen Beiträge zu zahlen.

Selbstversicherung in der Invalidentversicherung ist bei den Lehrlingen möglich, die ein geringfügiges Taschengeld von weniger als 2 Mk. oder mit Kost und Logis entschädigt werden. Im letzteren Falle muß der Lehrherr die Hälfte der Beiträge entrichten, da diese Sachleistungen in der Regel mit mehr als 6 Mk. zu bewerten sind.

Zur Angestelltenversicherung. Kaufmännische Lehrlinge in Büro- und Handelsbetrieben, ohne Rücksicht auf das Alter, sind versicherungspflichtig, sofern ihre Entschädigung 10 und mehr Mark pro Monat beträgt. Ist die Entschädigung niedriger, so sind sie versicherungsfrei. Praktisch dürfte dieser Fall wohl kaum eintreten, da die Lehrentschädigungen weit über diesen Satz liegen. Sollten jedoch solche niedrigen Entschädigungen angeboten werden, so ist es ratsam, diese Firmen dem Verbands zu melden.

Die Beiträge zur Angestelltenversicherung hat der Lehrherr in voller Höhe zu entrichten. Zur Frage der Selbstversicherung liegen die Dinge genau so wie bei der Invalidentversicherung.

Zur Unfallversicherung müssen alle die Lehrlinge gemeldet werden, deren Betriebe der staatlichen Unfallversicherung unterliegen. Die Beiträge dazu hat der Lehrherr in voller Höhe zu entrichten. Will sich ein Lehrling selbst gegen Unfall versichern, so ist das seine private Angelegenheit.

Zum Schluß noch eine der wichtigsten Versicherungen — der Arbeitslosenversicherung. In dieser Versicherung sind alle Lehrlinge versicherungspflichtig, die a) mit einem Lehrvertrag von weniger als 2 Jahre, b) mit einem nicht durch schriftlichen Vertrag geregelten Lehrverhältnis; c) die Versicherungspflicht tritt auch für solche Lehrlinge ein, deren Lehrzeit nachträglich auf weniger

als 2 Jahre reduziert wird. In diesem Falle ist der Versicherungsbeitrag rückwirkend zu zahlen.

Wer ist nun versicherungsfrei? Wer einen schriftlichen Lehrvertrag von mindestens 2 Jahren aufweisen kann, ist bis auf die letzten zwölf Monate der Lehrzeit versicherungsfrei. Es muß jedoch vom Lehrherrn die Befreiung von der Arbeitslosenversicherungspflicht beim zuständigen Arbeitsamt durch die fassierende Krankenkasse beantragt und genehmigt sein.

Die Beiträge zu dieser Versicherung werden je zur Hälfte vom Lehrherrn und vom Lehrling getragen. Wird keine Barlohnabgabe gezahlt, so trägt der Lehrherr die vollen Beiträge.

Selbstversicherung ist bei der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen.

Da es sich bei den obigen Ausführungen nur um die wichtigsten Bestimmungen der für den Lehrling in Frage kommenden Sozialversicherungen handelt, wird man gut tun, in allen Zweifelsfragen sofort seine Organisation zu Rate zu ziehen. Auch die Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter stehen den Lehrlingen und deren Eltern in diesen Angelegenheiten zur Verfügung.

Mag Scharfstädt.

## Gewerkschaftliche Nachklänge zum Leipziger Tapeziererstreik.

Der Streik der Tapezierer in Leipzig wurde bekanntlich mit einem Schiedspruch beendet, wonach alle tariflich festgelegten Löhne durchgängig um 5 Pf. erhöht wurden. Auf Grund dieser Festlegung glaubten verschiedene Tapezierermeister der Meinung sein zu können, allen Kollegen, die bereits höhere Löhne hatten, nichts zahlen zu brauchen. Nun besteht aber im Manietarif für den Freistaat Sachsen im § 4 Abs. 3 die Bestimmung, daß „qualifizierte Arbeiter und Arbeiterinnen entsprechend ihren Leistungen besser entlohnt werden.“ Hiervon ging das in einem Fall angerufene Arbeitsgericht Leipzig auch aus und verurteilte die Firma, für die geleisteten Arbeitsstunden je 5 Pf. nachzuzahlen. Damit wurde der Grundlag anerkannt, daß durch die Bestimmung des Manteltarifes die bisherige Zulage über dem Tariflohn auch bei dem neuen Tariflohn zu zahlen sei, da die durch Zahlung einer Leistungszulage bisher anerkannte qualifizierte Arbeitskraft sonst als mindere Leistung bezeichnet werden müßte. Da diese Entscheidung allgemeine Bedeutung hat, geben wir sie im Wortlaut wieder, wobei wir bemerken möchten, daß bei ähnlichen Bestimmungen in den Manteltarifen die notwendigen Rügenwendungen gezogen werden mögen.

### Urteil des Arbeitsgerichts Leipzig.

Attensachen 3, Arb. 532/30.

Aus den Entscheidungsgründen: Der der Höhe nach unbefristete Klagenanspruch ist gerechtfertigt.

Auszugehen ist von den besonderen Verhältnissen im Gewerbe der Beteiligten. Nach § 4 des Tarifvertrages für das Tapezierer-, Polsterer- und Dekorationshandwerk und verwandte Berufe in Sachsen vom 1. April 1929 sind tarifliche Mindestlöhne in den einzelnen Bezirken festzulegen. „Qualifizierte Arbeiter und Arbeiterinnen werden entsprechend ihren Leistungen besser entlohnt.“

Hieraus ergibt sich: Der qualifizierte Facharbeiter erhält für seine besseren Leistungen höheren Lohn; die Erhöhung des Tarifmindestlohnes bildete eine Leistungszulage.

Wenn man davon ausgeht, daß der Facharbeiter den Tariflohn erhält und außerdem wegen seiner besseren Leistungen eine besondere Zulage, so muß die Erhöhung des Tarifmindestlohnes eine Erhöhung des Gesamtlöhnes dieses Facharbeiters bewirken. Durch den Schiedspruch vom 19. Mai 1930 hat sich der dem Kläger zustehende Mindestlohn von 1,17 Mk. auf 1,22 Mk. erhöht, und die Leistungszulage ist gleich geblieben. Der Kläger hat also seit dem 21. Mai 1930 insgesamt 1,36 Mk. zu fordern und nicht nur, wie ausgeführt, 1,31 Mk.

Ein angenommenes Beispiel diene zur Klärung der Streitfrage: Wenn in einem Falle anstatt des tariflichen Mindestlohnes von 1,17 Mk. insgesamt 1,22 Mk. wegen der qualifizierten Leistungen gezahlt worden sind und nun nach Erhöhung des Mindestlohnes durch den Schiedspruch vom 19. Mai 1930 um 0,05 Mk. dieser Facharbeiter nunmehr nur den jetzigen Mindesttariflohn von 1,22 Mk. erhalten würde, so wäre seine qualifizierte Arbeit entgegen § 4 Abs. 3 des Tarifvertrages nicht mehr besser ent-

lohnt als die gewöhnliche Leistung. Der Manteltarifvertrag billigt dem gehobenen Facharbeiter einen Rechtsanspruch auf höhere Entlohnung zu. Eine Erhöhung des tariflichen Mindestlohnes muß eine Erhöhung des Gesamtlöhnes zur Folge haben, auch wenn der gezahlte Lohn den tariflichen Mindestlohn erreicht oder übersteigt, damit der Tarifvertragsvorschrift in § 4 Abs. 3 Rechnung getragen wird.

Nach alledem war die Beklagte antragsgemäß zu verurteilen. Als unterlegener Teil hat die Beklagte gemäß § 91 ZPO. die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

## Die Belastung durch die Sozialversicherung.

Tag für Tag kann man von neuen Angriffen lesen, die gegen die deutsche Sozialversicherung gerichtet sind. Anlaß hierzu mag wohl die gewiß trostlose finanzielle Lage des neuesten Zweiges der Versicherung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gegeben haben. Dies wird von den Arbeitgebern ausgenutzt, um erneut auch gegen die übrigen Zweige der Arbeiterversicherung vorzugehen. Allerlei Reformvorschlüsse sind neuerdings wieder aufgetaucht. Wertwürdigsterweise ist jetzt in diesem Kampf auch die Invalidentversicherung, die man bislang immer verschont hatte, mit einbezogen worden. Es handelt sich hier um die sogenannten Reichszuschüsse, die das Reich zur Durchführung der Versicherung den Landesversicherungsanstalten gibt. Man hat nicht übel Lust, diese Zuschüsse abzuschnappen. Als ob durch derartige Kappalien der krankende Haushalt des Reiches gesunden tönnel. Die Arbeitgeber operieren wieder mit ihren alten und abgeleiteten Schlagworten, daß die Wirtschaft durch die Beiträge zur Sozialversicherung zu sehr belastet und dadurch konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt würde. (Daß der mangelnde Abfluß ans Ausland ganz andere Gründe hat, können oder wollen die Arbeitgeber immer noch nicht einsehen.) Immer wieder erntet das Geldvieh über die teure Versicherung.

Interessant ist nun, daß das „Reichsarbeitsblatt“ in seiner Nummer 12/1930 eine Zusammenstellung der Kosten der gesamten Versicherungseinrichtungen veröffentlicht. Es heißt da wörtlich:

„Als Beitrag erhebt die Krankenversicherung im Reichsdurchschnitt 6,2 und die Arbeitslosenversicherung im allgemeinen 3 Proz., jezt zeitweilig 3,5 Proz. des Grundlohnes, die Invalidentversicherung 5 Proz. und die Angestelltenversicherung 4 Proz. des Endbetrages der Lohn- oder Gehaltsklassen, die gewerbliche Unfallversicherung im Reichsdurchschnitt 1,2 Proz. der in den versicherten Betrieben umgelegten Lohnsumme. Die Sozialversicherung erhebt hiernach im ganzen 15,9 Proz. des versicherten Lohnes. Nicht in allen Versicherungszweigen wird der ganze Lohn versichert: in der Invalidentversicherung z. B. nur der Wochenlohn bis zu 42 Mk., der nicht versicherte Lohn- oder Gehaltsteil bleibt für den Beitrag und die Leistungen außer Ansatz. Bei einer Versicherung des ganzen Lohnes würde der Beitragsatz etwa 14 bis 15 Proz. des Lohnes betragen. Von dem Gesamtbeitragsatz treffen 8,36 Teile auf die Versicherten und 7,54 Teile auf die Arbeitgeber.“

Diese Angaben, die von amtlicher Stelle errechnet und veröffentlicht sind, zeigen einmal die Gesamtbelastung durch die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung. Neben der Gesamthöhe der Beitragsaufbringung ist die Verteilung derselben auf die Versicherten und die Arbeitgeber interessant. Es geht daraus hervor, daß die Versicherten weit höher belastet sind, als die Unternehmer. Zum Schluß sei aus dem erwähnten Artikel des Reichsarbeitsblattes noch folgender Satz im Wortlaut wiedergegeben:

„Der Beitragsanteil der Versicherten wird durch Abzug vom Lohn entrichtet, der Beitragsanteil der Arbeitgeber ist eine besondere Betriebsausgabe neben dem Lohn und kommt in der Wirkung einer Lohnergänzung gleich.“

Es ist dies eine Tatsache, die von den Gewerkschaften schon wiederholt festgestellt und den Arbeitgebern vorgehalten ist. Nicht die Unternehmer allein sind es, die die Versicherungen finanziell tragen. Die Arbeitnehmer sind hieran in viel größerem Maße beteiligt. Hätten wir keine oder nicht so leistungsfähige Versicherungseinrichtungen, so müßte einfach als Folgerung davon ein höherer Lohn gezahlt werden. Wir haben dies ja praktisch in den Ländern, in denen die Arbeiterversicherung fehlt (Amerika). Ob dann die Arbeitgeber besser und billiger wegkommen, ist fraglich.

A—s.



# Grün und Familien



## Mutter werden.

Sommerliche Sonne strahlt auf die Erde hinab. Farben zaubert sie, Duft und Fülle. Das Leben strömt vor Leben. Ihre Wachsenshöhe erreicht die Natur. Natur ist schwanger, und aus ihrem Leberflüß verjüngt sie sich neu.

O Mutter Natur! Du ewige Mutter! Du ewig neu in Fülle dich schenkende Natur! Wie bist du doch so schön in deiner stropfenden Fülle! Glück liegt über dir, wenn deine Brüste sich dehnen, und wir nennen es heißen Sommer, wenn du in Farben-schönheit und Blütenduft erneuert, wie seit ewigen Zeiten, zur Reife sieghaften Werdens wirst.

Ja, wachsen ist Glück, und Schenken ist Freude, und Mutterwerden das Heiligste, das das Leben kennt.

Mutterwerden in Glück und in Freude. Mutterwerden wie Mutter Natur, so in Schönheit und Licht!

Aber da gönnt das Leben den Frauen so oft kaum die Zeit, zu gebären. Und werdende Mutter zu sein, ist nicht immer heiliger Dienst. Und Mutterwerden ist nicht immer der starke Wille zum natürlichen Wachsen über das Selber. Und doch soll das schwelkende Leben nur starke und jauchende Freude sein!

Kämpft doch, ihr Frauen! Zwingt doch die soziale Ordnung eures Daseins! Schafft die neue Ordnung des Zusammenlebens, der die werdende Mutter heilig ist, weil ihr das Menschliche heilig ist, das sie trägt.

## Der Senfentau.

Koloman Mikszath.

Ich war einmal Zeuge, wie Gevatter Gregor Tichomat in eine Eisenwarenhandlung trat.

„Schönen guten Tag!“ sagte er.

„Was wünschen Sie?“

„Ich könnte gerade eine Sense brauchen.“

Der Kaufmann springt auf und legt einen Berg Sensen vor ihn hin. Tichomat blinzelt feindselig in die Richtung der Sensen.

„Marke „Kanone“, wenn es dem Herrn recht ist.“

sagte er, sich mit betrachtungsvoller Gebärde von den Sensen abwendend.

Der Kaufmann schichtet die Sensen (Marke „Büffel“) wieder in das Regal und bringt ein paar von der verlangten Marke.

„Es wird dort noch mehrere geben“, meint Tichomat, über die Schulter zurücksprechend.

Der Kaufmann schleppt geduldig alle Sensen mit Kanonenmarke herbei.

Gregor Tichomats Augen gleiten an allen entlang, doch nicht um die Welt würde er eine davon berühren. Er beginnt sich den Kopf zu kratzen.

„Na, wo fehlt es noch?“

„Dah ich eigentlich doch lieber die Büffelmarke sehen möchte.“

Was konnte er tun, er schleppte noch einmal alle Sensen, Schutzmarke „Büffel“, herbei.

Gevatter Gregor ist die Sache jetzt selbst schon etwas peinlich und er nimmt „scheinbar zufällig“ eine unter den vielen in die Hand.

Er schließt erst das rechte Auge und sieht daran entlang, dann schließt er das linke Auge, während er die Sense bereits lenkrecht in der Hand hält, dann läßt er sie mit der Spitze zur Erde herab, schließlich hebt er sie über seinen Kopf und schielt sie von unten lange an.

„Was könnte sie kosten?“ wirft er gleichgültig hin.

„Zwei Gulden.“

„Diese Sense?“ fragt er spöttisch. „Das kann nicht sein! Diese Sense hier?“

Er legt sie auf das Bull und zieht mit der Hand eine Linie in die Luft, dort wo der Griff sein wird, wie sich das dann ausnehmen würde. Dann fühlte er mit seinem hornharten Daumen über die Schneide auf beiden Seiten, beklopft sie an vier, fünf Stellen mit dem Knöchel des Zeigefingers, endlich senkt er sie zur Erde und beugt sie über dem Knie.

„Am... Na... Wirklich zwei Gulden?“

Der Kaufmann schwört, er könne nichts nachgeben. Er selbst hätte sonst dafür bezahlt.

„Gebrannt ist sie nicht gut, das weiß der Herr selbst.“

„Die allerfeinste englische Sense.“

„Aber, aber, der Herr braucht mich nicht zu verkaufen. Die ist aus einer alten Sense zurechtgehämmert.“

„Bestes Material! Die hält ewig.“

„Wenn sie nicht hartig wird“, bemerkte Gregor Tichomat lachend.

„So eine Sense hatten Sie noch nie.“

„Wer — ich? Für wen hält mich der Herr eigentlich?“

„Sehen Sie sich nur bitte diese Sense an.“

„Ansehen? Wozu ansehen? Sense ist Sense. Eine ist wie die andere. Fällt mir nicht ein, sie anzusehen.“

Durch Zufall habe ich diese gewählt. Also heraus mit der Farbe, schnell, was wollt Ihr dafür, ich habe dringend auf dem Markt zu tun.“

„Ich lagte bereits, zwei Gulden!“

„Hat der Herr denn gar kein Gewissen? Zwei Gulden für so ein Ding. Wenn ich nur wüßte, was daran wertvoll ist.“

Daraufhin unterluchte er die Sense noch einmal, schwingt sie durch die Luft, dann geht er mit ihr hinaus wegen des besseren Lichtes. Von der Schwelle ruft er zurück:

„Meinen Hut habe ich drin gelassen.“

Dort draußen läßt er die Sonnenstrahlen über die Klinge tanzen, die lustig über die glatte, blaue Fläche laufen. Er hebt sie zum Munde hoch, haucht darauf und wartet hingebungsvoll, welche Fläche der Atem verschleiert hat und wie schnell sie sich wieder klärt. Dann läßt er sie auf den Pflastersteinen erklängen.

„Einen verrückten Klang hat sie“, brummt er und darauf schlurft er in das Geschäft zurück, auch jetzt noch bedenkend: „Ihr Klang paßt mir nicht. Läßt mir der Herr sie um achtzig Kreuzer, oder nicht?“

„Einen Groschen will ich nachgeben. Nehmen Sie sie um einen Gulden neunzig.“

„Das geht nicht, sie ist es nicht wert. Meine Kinder würden mich entmündigen. Wie ich früher jagte, ja oder nein?“

„Billiger gebe ich sie nicht her.“

„Dann Gott befohlen!“

Er geht hinaus, aber nur bis zur Mitte der Straße, von hier kehrt er gleich wieder um und ruft noch einmal zur Tür herein:

„Ja oder nein?“

„Nein.“

Verwirrt, kopfschüttelnd dreht er seinen fettigen Hut in den Händen.

„Na, mit so einem hartherzigen Menschen hatte ich bei Gott noch nicht zu tun, seit ich bei Vernunft bin. Wissen Sie was, Herr? Legen Sie diese Sense hierher in die Ecke. Ich will mir die Sache noch draußen etwas überlegen.“

Nach einer guten Stunde kehrt er zurück mit einem anderen Gevatter.

„Da bin ich“, schnauzt er, sich den Schweiß von der Stirn wischend, „dah ist mein Schwager aus Borkendorf, Gevatter Komot. Wir haben uns die Sache so überlegt, dah auch er eine Sense kauft, wenn es schon so ist, denn dann wäre es nur in der Ordnung, wenn wir zwei Sensen kaufen, dah jeder die feimige billiger erhält.“

„Ich kann sie nicht billiger hergeben... Das habe ich schon hundertmal gesagt.“

„Der Herr möge sich's überlegen, nur keine Leber-ellung.“

„Ein Wort, dabei bleibt es.“

„Sie geben nichts nach?“ schnauzt er zornig.

„Nicht einen Heller“, antwortet jener bestimmt.

„Also dann, was soll ich sagen?“ meint er besänftigt.

„Sagen Sie, was Ihnen paßt. Ich rede nicht mehr mit Ihnen.“

„Na, na, man darf nicht gleich alles übernehmen. Wenn Sie kein Wort für mich haben, dann her mit Ihrer Hand.“

Jetzt schlägt Gregor Tichomat fröhlich ein.

„Ein Hund, den es gereut. Das Geschäft ist perfekt!“

Mit langsamer Feierlichkeit beginnt er, sein Leibchen aufzutropfen, während er seine Augen nicht um die Welt von der Ecke abwendet, wo die gekaufte Sense an der Mauer lehnt.

„Da schau“, blüht es durch sein Hirn, „diese Sense scheint mir trummer und kleiner zu sein.“

Mit einer Miene des Verdachts betrachtet er die Bedienung des Ladens. Dann packt er die Sense

und wägt sie in der Hand, um ihr Gewicht festzustellen.

„Das ist eine andere Sense“, bricht er unmutig aus, „ich soll erlahmen, wenn das meine Sense ist.“ Und plötzlich knöpft er die Bleiknöpfe seiner Weste wieder zu.

„Wie könnte es eine andere Sense sein? Machen Sie keine Geschichten, Gevatter, sonst verliere ich die Geduld!“

„Aber, aber... hm, hm... Aber warum hat mich auch der Teufel von hier fortgelockt. Ich bin selbst schuld. Da haben wir's! Was soll ich jetzt beginnen?“

„Aber ich sage Ihnen ja, dah es die gleiche Sense ist.“

„Diese hier? Ich habe ja auch meine zwei sehen- den Augen.“

Er zieht die Klinge über den Daumen, beugt sie am Knie, klopf sie ab, trägt sie auf die Straße hinaus, schlägt sie an das Pflaster, haucht darauf, schwingt sie durch die Luft und kommt traurig zur Tür herein gewandt.

„Sie ist es nicht! Für die hier kann ich nicht mehr geben, als einen Gulden fünfzig.“

„Machen Sie hier kein Theater. Wenn Ihnen die Sense nicht paßt, dort sind die übrigen, wählen Sie eine andere.“

„So verrückt bin ich nicht, mich noch einmal von neuem zu ärgern. Es bleibt bei dieser Sense, aber zu angemessenem Preise, denn sie ist weniger wert.“

„Ich will kein Wort weiter hören.“

„Wie? Muß wirklich ich den Verlust tragen? Gut. Nimmst der Herr mir wirklich diesen Ueber- schuß ab? Kann er's verantworten?“

„Zahlen Sie schnell und halten Sie hier keine Predigten.“

„Gut!“ ruft Gevatter Gregor Tichomat bitter aus. „Der Herr soll recht haben. Aber schneiden wir die Wahrheit in zwei Hälften, damit mir keine Unge- rechtigkeit widerfährt. Teilen wir die vierzig Kreuzer.“

„Ich teile nicht.“

„Na denn, hier ist das Geld! Da haben Sie es!“

Er macht sich wieder daran, sein Leibchen aufzutropfen, aus dessen innerer Tasche er unter diesem Reagen einen Strumpf herausficht. Aus der untersten Ecke des Strumpfes zieht er eine Gulden- note und gibt sie dem Kaufmann.

„Den Rest will ich gleich dazuzählen.“

Aus der äußeren Westentasche zog Gregor Tichomat jetzt zwei Groschen, aus der anderen Tasche vier Kreuzer.

„Wie ist das gleich? Bierundzwanzig...“

Er langte in seine Hofentasche, wo er dreiund- dreißig Kreuzer entdeckte.

„Bierundzwanzig und dreiunddreißig, das sind siebenundfünfzig... Was fehlt noch?“

„Noch dreiunddreißig Kreuzer.“

„Stimmt“, meinte er mit unschuldigem Gesicht, „aber das wird schwer halten.“

Und inzwischen beobachtet er mit freundlichem Gesicht die Stimmung des Kaufmannes.

„Hopp... das heißt... Warte nur, warte. Wohin habe ich es gesteckt? Was glauben Sie, Gevatter? Aha, es wird hier im Tuch verknötet sein...“

In der Ecke des weißen Leinentuches waren wirk- lich zwei Groschen eingeknotet.

„Das ist der Samen, Herr Wohlthäter“, sagt er freundlich, „wo nichts ist, hat selbst der Kaiser das Recht verloren.“

„Noch dreizehn Kreuzer“, drängt der Kaufmann unererblich.

„Machen Sie doch keinen Tanz, Herr Wohlthäter. Wozu wäre das gut? Auch so bekam ich eine schlechtere Sense, als die erste. Und dann habe ich nicht einen roten Heller bei mir, ich vergaß das Geld auf dem Wagen in der Manteltasche, Sie können doch nicht verlangen, dah ich so weit laufe, wegen der paar Heller. Wir werden ein andermal auf Gleich kommen.“

„Ich will die ganze Summe. Holen Sie das Geld, die Sense läuft nicht davon.“

Aber jetzt ergriff Gregor Tichomat die Wut:

„Was? So gering ist meine Ehre hier? Mein Vater und mein Großvater waren Bürgermeister, alle beide, damit Sie es wissen, Herr. Ich bin nicht auf dem Misthaufen gewachsen. Hauen Sie ihm diese dreizehn Kreuzer hin, Gevatter!“

Und damit packt er beleidigt die Sense.



„Gehen wir, Gevatter...“

In der Kadetttür drehte er sich mit schadenfrohen, hinterlistigen Augen um, suchte eins mit den Schultern und brüllte, die Senje wie ein Sieger schlingend in den Laden hinein: „Soviel kann ich jedoch dem Herrn verraten, das war keine beste Senje — die übrigen sind einen Schmarren wert.“

**Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig im Profetz gegen den Regierungsentwurf zur Reform der Krankenversicherung.**

Am 26. Juni fand im Orpheum in Berlin eine vom Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V. veranstaltete machtvolle Kundgebung statt. Der geschäftsführende Vorsitzende Helmut Lehmann äußerte einleitend aus, daß nicht zuletzt der Propagandaefolg der Verze gegen die Krankenkassen den Boden für das jegliche Abbau-Programm der Reichsregierung vorbereitet habe. Unmittelbaren Anlaß zu diesem Programm allerdings habe die Finanznot gegeben. Der Mehrbedarf der Arbeitslosenversicherung soll durch Herabsetzung der Beiträge in der Krankenversicherung ausgeglichen werden. Somit ist die Sparmaßnahmen in einem Abbau der Leistungen ausgedrückt, sind sie der kürzlich veröffentlichten Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände entnommen. Sie bestehen in folgendem: 50 Pf. Arzneikostenanteil, 1 M. Krankenschwägergebühr für den Versicherten, Wegfall von Krankengeld neben Gehalt, Herabsetzung des Krankengeldes auf 9 M. und des Krankengeldes auf 50 Proz. des Grundlohns, Wartezeit von 3 Werktagen für Krankengeldbezug, Neuregelung des kassenärztlichen Dienstes, Verminderung der Rücklage. Unannehmbar vor allem die Häufung der den Kranken belastenden Maßnahmen, Krankeneingebühr und Arzneikostenanteil. Hierdurch würde die Krankenhilfe, insbesondere die rechtzeitige Inanspruchnahme von ärztlicher Behandlung und Arzneimittelversorgung erschwert und die vorbeugende Gesundheitsfürsorge unmöglich gemacht. Der Entwurf bringe außerdem harte Einschränkungen des Selbstverwaltungsrechts der Versicherten. Dagegen lasse er die bisherige Kassenzerpflitterung bestehen und verläume damit die einzig mögliche Gelegenheit, ohne Schädigung der Versicherten wesentliche Einsparnisse zu erzielen.

In der Aussprache waren die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einmütig in der Ablehnung des Regierungsentwurfs. Syndikus Buchtentrich, Halle, bedauerte vor allem, daß eine entsprechende Zuziehung der Beteiligten zur Vorbereitung des Entwurfs unterblieben sei. Er ist der Ansicht, daß derartig wichtige sozialpolitische Gelegenheiten nicht gegen den Willen der Betroffenen durchgeführt werden können und sollen. Auch sei es sinnlos, von dieser Seite aus die Reichsfinanzreform in Angriff nehmen zu wollen. Handelsgerichtsrat Uhlzig, Dresden, sprach von einer „Kopfschüttel der Regierung“. Weil die Arbeitslosenversicherung krank sei, wolle man die noch gesunde Krankenversicherung gleichfalls krank machen. Ein anderer Arbeitgebervertreter, Buchdruckereibesitzer Schlesinger, Berlin, warf die Frage auf, wie in Zukunft die Ausgabe der Krankengeldleistungen erfolgen solle. Sollen die Arbeitgeber, die sich bisher dieser Ausgabe unterzogen haben, um den Versicherten Zeit und Mühe zu sparen, in Zukunft die Ausgabe unterlassen oder sollen sie sich mit der Einkassierung des Kostenbeitrages belasten. Dies würden sie zweifellos ablehnen. Die durch die neuen Vorschläge entstehende Verwaltungserschwerung werde die gewonnenen Mittel wieder aufzehren. Aus dem gleichen Grunde erklärte er sich auch gegen die Bezahlung des Krankengeldes nur für Werkzeuge. Seiner Ansicht nach wäre das Ergebnis der vorgeschlagenen Bestimmungen eine „krankte und unzuliebene Arbeiterkassier“. Ein so unzulieferer Entwurf könne und dürfe nicht Gesetz werden. Spediteur Reumann, Wiesbaden, wies noch darauf hin, daß infolge der vorgeschlagenen Bestimmungen, die nur für die reichsgeselligen Krankenkassen gelten, eine Abwanderung in die Ertragsklassen zu erwarten sei, und daß in diesen Ertragsklassen die Arbeitgeber vor nichts zu sagen hätten.

Von den Arbeitnehmern nahm Kassenvorstand Richter, Neumünster, zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs Stellung. Er begrüßte die Einführung der Familienbeiträge als Pflichtleistung, die geplante Reform des kassenärztlichen Dienstes und die allerdings unzureichenden Verbesserungen in bezug auf die Kassenorganisation. Dagegen wandte er sich mit aller Energie gegen die Herabsetzung der Leistungen und die Beschränkung der Selbstverwaltung. Schwarz, Mannheim, hob unter anderem hervor, daß die Begünstigung der Ertragsklassen dazu führen müßte, die Allgemeinen Ortskrankenkassen noch mehr als bisher zu Armenkassen zu machen. Dadurch bestünde die Gefahr

einer weiteren Minderung der Leistungsfähigkeit und einer Erhöhung der Beiträge. Ein weiterer Arbeitnehmervertreter Balzer, Berlin, schloß seine Ausführungen mit dem Ausruf: „Hände weg vom Zuschuß zum Kranken- und Arzneikassen.“ Von der Reichsleitung „Gesundheitswesen“ des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs bezeichnete die geplante Reform als „Notopfer auf Kosten der Volksgesundheit“.

Einstimmig wurde die folgende Entschließung angenommen:

„Die am 26. Juni 1930 in Berlin zu einer Kundgebung verammelten Landesverbände des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen erheben namens der von ihnen vertretenen zwölf Millionen Versicherten die schärfste Bedenken gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Krankenversicherung.“

Der Entwurf läßt die seit Jahren von den in der Krankenversicherung tätigen Arbeitgebern und Versicherten aufgestellten Reformvorschlüge größtenteils unberücksichtigt.

Statt dessen bringt er eine Einschränkung der Leistungen, insbesondere durch die Arzneibeiträge und die Krankeneingebühr, die schon durch ihre Häufung untragbar ist. Die vornehmste Aufgabe der Krankenversicherung, den Kranken schnelle und stets bereitete Hilfe zu bringen, wird gerade da, wo sie am nötigsten ist, vereitelt.

Die in dem Entwurf vorgeschlagene Reform des kassenärztlichen Dienstes und die beabsichtigten Verwaltungsvereinfachungen sichern völlig die von der Reichsregierung als notwendig bezeichneten Einsparnisse.

Die geplante weitere Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts ist unangerechtfertigt und nur geeignet, eine gesunde Weiterentwicklung der Krankenkassen zu stören.

Dagegen läßt der Entwurf die dringend notwendige Vereinfachung in der Organisation durch Beseitigung der Zwergklassen und durch Bildung von Pflichtkassenverbänden behauerlicherweise vernichten.

An den Reichstag richten die Versammelten die dringende Bitte, ihre auf Grund jahrzehntelanger tätiger Mitarbeit fundgegebenen Wünsche nicht unberücksichtigt zu lassen. Sie fordern eine gründliche Umgestaltung dieses Gesetzesentwurfs zu einer den sozialen Bedürfnissen der Versicherten gerecht werdenden Reform der Krankenversicherung.“

**Hausfrau, Arzt und Volksernährung.**

Von Dr. Curt Kayser.

FRAGE. Die Hausfrau ist der Ernährungsminister jeden Haushaltes. Was das heißt wird erst verständlich, wenn man hört, daß der Fünftel des Gesamtverbrauchs aller Deutschen für Ernährungszwecke durch die Hände der Hausfrau gehen. Als Verwalterin dieses Volksernährungs trägt somit die Hausfrau eine ungeheure Verantwortung und ihre Aufgabe ist es, das ihr anvertraute Gut richtig zu verwalten, d. h. das schwer erworbene Geld für Ernährungszwecke so anzulegen, daß es für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der einzelnen Familienmitglieder nützlich und förderlich ist. Darum muß jede Hausfrau sich einige Kenntnisse auf dem Gebiete der Ernährungslehre erwerben. Das geschieht nicht durch gute Ratsschläge der lieben Nachbarin, das läßt sich nicht erlernen durch Rezepte aus dem Kochbuch, sondern hier muß der Hausfrau ratend und helfend vor allem derjenige zur Seite stehen, dessen Beruf es ist, Rezepte zu schreiben: der Arzt.

Die medizinische Wissenschaft hat gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf dem Gebiete der Ernährungslehre Außerordentliches geleistet, wovon auch die soeben eröffnete Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden erneut Zeugnis ablegt. Trotzdem sei vorausgeschickt, daß es auf die Frage „Wie ernährt man sich richtig?“ keine für jedermann und für alle Verhältnisse gültige Antwort gibt.

Der Nahrungsbedarf des gesunden Menschen ist von einer großen Reihe von Faktoren abhängig: Alter, Klima, Arbeit, von der einen, Gewohnheit, Mode, Bequemlichkeit und nicht zuletzt der Geldbeutel auf der anderen Seite, sind einige der wesentlichsten Momente, die Art und Menge unserer Ernährung beeinflussen. Die Wissenschaft kann also auch nur Durchschnittswerte errechnen, die im Einzelfalle eine Anpassung an die besonderen, persönlichen Verhältnisse erfordern. Die Grundpfeiler unserer Ernährung bilden Eiweiß, Fett und Zuckersubstanzen (Kohlenhydrate), sowie Salze und Ernährungsstoffe (Vitamine). Von ihnen dient nur ein kleiner Teil zum Aufbau der durch die Lebenstätigkeit verbrauchten Körpersubstanzen, der größte Teil wird im Körper verbrannt und spielt, ähnlich wie bei der Dampfmaschine, dabei die Rolle des Heizmaterials. Als Maß für die von einer Kost gelieferte Wärmemenge dient die sogenannte Kalorie. Da aber weder

die Hausfrau noch der Gastwirt seine Ware ausgleichend mit Angabe ihres Gehalts an Nährstoffen oder Kalorien, so ist der Hausfrau mit Zahlenangaben kaum gedient, vielmehr wird da praktische Erfahrung notwendig sein. Ganz allgemein sei daher gesagt, daß unter unseren Nahrungsmitteln die Hauptträger der Kohlenhydrate Brot, Kartoffeln, Wehl, Zucker, Gemüse und Obst sind. Das Brot deckt etwa ein Drittel des gesamten Kalorienbedarfs der arbeitenden Bevölkerung. Als Durchschnittsquantum können etwa 200 bis 300 Gramm pro Tag angenommen werden. Dabei erhebt sich sofort die gegenwärtig besonders interessierende Frage: Weißbrot oder Roggenbrot? Da der deutsche Boden nicht genügend Weizen liefern kann, und wir genötigt sind, jährlich aus dem Ausland 1,8 Millionen Tonnen Weizen für teures Geld einzuführen, muß ein gesteigerter Verbrauch von Roggenbrot zunächst im volkswirtschaftlichen Interesse liegen. Vom Standpunkte des Arztes aus ist zu sagen, daß Weißbrot und Roggenbrot für den menschlichen Körper ziemlich gleichwertig sind. Das Weißbrot wird von vielen bevorzugt, weil es angenehm schmeckt, sich gut isst und den Darm wenig belastet. Umgekehrt ist es ein Vorzug des Schwarzbrot, daß es in den Klebebestandteilen wichtige Nährstoffe enthält, daß es Mund und Zähne durch stärkere Inanspruchnahme unserer Kauwerkzeuge besser reinigt, die Darmtätigkeit anregt. Man wird daher gut daran tun, neben Weißbrot auch Schwarzbrot zu essen. Im übrigen ist aber, wie erwähnt, das Brot vor allem Träger der Kohlenhydrate und diese lassen sich angenehm und abwechslungsreich auch in Gestalt anderer Nahrungsmittel zuführen.

Da Gemüse, richtig zubereitet, auch der Hauptnährstoff unserer Nahrung ist, sollte ein Verzicht im Küchengetriebe der Hausfrau eine weit größere Rolle spielen, als bisher. Auch hier muß aus volkswirtschaftlichen Gründen empfohlen werden, vor allem heimisches Gemüse zu kaufen, das durchaus nicht schlechter und nicht teurer ist, als ausländisches, wenn man nicht gerade „Erstlinge der Saison“ auf den Tisch zu bringen strebt. Was für Gemüse gut, trifft in gleichem Maße für Obst und Gemüse zu. Doch ist dabei darauf hinzuweisen, daß man Obst zur Vermeidung gesundheitlicher Schädigungen stets gewaschen oder, wenn möglich, geschält verzehren muß. Schließlich sei auch der Zucker nicht vergessen, der eines unserer billigsten heimischen Nahrungsmittel als Kohlenhydratträger darstellt und durch die Vielseitigkeit seiner Verwendbarkeit in Getränken, in Kompotten, Mehlspeisen und Süßigkeiten einen viel größeren Verbrauch seitens der Hausfrau verdient.

Wie die Kohlenhydrate dienen auch die Fette im wesentlichen als Heizmaterial für den Körper. Kohlenhydrate und Fette können sich daher in hohem Maße gegenseitig vertreten. Da indessen das Fett in unserer Nahrung ohne Körperschädigung nie ganz fehlen darf, sei hier gesagt, daß wir im Durchschnitt 20 bis 70 Gramm Fett pro Tag, gleichviel in welcher Form, zu uns nehmen müssen. An Fett stehen der Hausfrau Butter, Schmalz, Margarine, Pflanzenfett und Öl zur Verfügung, wobei zu betonen ist, daß gute Margarine in ihrem Fettgehalt durchaus der Butter ebenbürtig ist. Der Fettgehalt läßt uns auch den Käse für Ernährungszwecke besonders schätzen. Hier wechelt der Gehalt: Schweizer, Edamer, Tilsiter sind reich an Fett als z. B. Harzer oder Quark aus Magermilch. Daß die Milch ein besonders hochwertiges Nahrungsmittel ist, das sämtliche Nährstoffe enthält, ist bekannt. Sowohl ihr Eiweiß wie ihr Fettgehalt, außerdem aber auch ihr Reichum an Vitaminen und Salzen, stempeln sie dazu. Wichtig vom Standpunkte des Arztes ist es, auf die Gefahren beim Genuß roher Milch, besonders auf die Ansteckung mit Tuberkulose, hinzuweisen und im allgemeinen den Genuß abgekochter Milch zu empfehlen.

Der größten Wertschätzung erfreut sich, besonders in der heutigen Zeit, das Fleisch als Nahrungsmittel. Es ist zweifellos einer unserer wichtigsten Eiweißspender, aber zunächst nur ein e i n e r. Es ist verhältnismäßig teuer und belastet nicht nur unseren Geldbeutel, sondern auch den Stoffwechsel, insbesondere mit überschüssiger Säure. Auf der anderen Seite muß zugegeben werden, daß der Sättigungswert des Fleisches groß ist und daß es sich durch seine rasche und bequeme Zubereitungsart ebenso wie durch seinen guten Geschmack seinen Platz in der Küche erkauft hat. Um den Fleischgenuß trotz Bekanntheit auch heute noch der Streit der Meinungen. Soweit der Arzt dazu Stellung nehmen kann, muß mindestens eine Einschränkung resp. einem Ersatz durch andere Eiweißträger das Wort geredet werden. Hierher gehören vor allem der Fisch, insbesondere der Seefisch, dann aber auch Milch und Eier.

Auch in Fragen der Ernährung kommt es vor allem auf die richtige Mischung an. Die Kochkunst ist wirklich eine Kunst, und je mehr sie sich von der Mechanisierung unseres Zeitalters abwendet und eine persönliche hausfrauliche Note annimmt, um so mehr wird sie dienen können der Gesundheit, der Volkswirtschaft und — dem Geldbeutel.



# Aus Beruf und Verband

## Selbst am kleinsten Ort ist der Verband ein Hort.

Einige tausend Gehilfen im Sattler- und Kofferzeuwerk im Reich arbeiten vereinzelt in kleinen Orten. Solange dieselben für niedrige Löhne schaffen, haben sie Arbeit. Mit zunehmendem Alter und späterer Verheiratung kommen sie mit den niedrigen Löhnen nicht mehr aus. Bei dem Streben um höheren Lohn kommt es dann früher oder später zum Bruch des Arbeitsverhältnisses.

In Bad Frankenhausen am Kyffhäuser, einem Städtchen von 7000 Einwohnern, arbeiten 2 Gehilfen und 14 Lehrlinge bei mehreren Kleinmeistern. Ein junger verehrter Gehilfe war bei dem Sattlermeister Eduard Hoffmann beschäftigt. Der selbe erhielt bei 34stündiger wöchentlich Arbeitszeit 31 M. Wochenlohn. Außer der Arbeitsleistung mußte er 4 Lehrlinge beaufsichtigen und anlernen. Mittlerweile war der Tarifvertrag für das Koffer- und Sattlerhandwerkszeuwerk in Thüringen für allgemeinverbindlich erklärt. Der Gehilfe trat dem Verband bei und verlangte den tarifmäßigen Stundenlohn. Vom Meister wurde daraufhin der Austritt aus dem Verbande verlangt und den Gehilfen 35 M. Wochenlohn geboten. Auf dieses ging derselbe nicht ein. Er wurde nun schikaniert und dann entlassen. Für den zu wenig gezahlten Lohn reichte der Gauweiler Klage bei dem Arbeitsgericht in Sandershausen ein. Es wurde für 270 Stunden eine Nachzahlung in Höhe von 86,40 M. verlangt. Vor Gericht berichtigte der Meister die angegebene Stundenzahl. Lohnbücher waren beiderseits nicht geführt worden. Der Beweis der genauen Stundenzahl konnte nicht erbracht werden. Es kam zu einem Vergleich. Der Gehilfe bekam 60 M., zahlbar in zwei Raten, zugewiesen. Das hatte für denselben bei dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung den Vorteil, daß er in eine höhere Unterstützungsstufe eintrat.

Unsere Kollegen in den kleinen Orten können hieraus erkennen, daß der Verband ihre Interessen wahrnimmt. In den wenigsten Fällen ist eine Lösung des Arbeitsverhältnisses damit verbunden, wie es hier gekommen ist. Es besteht gegenwärtig die Pflicht für alle Kollegen, an dem Ausbau der Organisation mitzuwirken. Besonders in den kleinen Orten müssen wir eine Verbesserung der Löhne und strikte Durchführung der gesetzlichen 48stündigen wöchentlichen Arbeitszeit herbeiführen.

## Berliner Kofferfabrik ausgebrannt.

Von einem vorherer Grobfeuer wurde die Berliner Kofferfabrik von Weitz u. Wiegand am Eißelbuser Heimweg. Am Sonnabend, dem 21. Juni, brach nach Betriebsbeginn in den Fabrikationsräumen Feuer aus, das sich sehr schnell, begünstigt durch die Bestände an Rohmaterialien, Holzfabrikate und Vulkanisierplatten, ausbreitete. Der entstandene Schaden wird als außerordentlich bezeichnet. Ein Teil der Kofferfabrik, die Büroräume und das Fertiglager konnten vor der Vernichtung gerettet werden. Ein großer Teil der etwa 100 Mann betragenden Belegschaft dürfte durch das Brandunglück für längere Zeit arbeitslos werden.

## 40 Jahre Filiale Brandenburg a. d. Havel.

Am Sonnabend, dem 21. Juni, fand im Volkshaus die Feier unseres 40jährigen Bestehens statt. Im wundervoll mit deforierten Saale kamen Gäste, Mitglieder und auswärtige Kollegen zusammen, um diesen Tag festlich zu begehen. Auch unser Hauptvorsitzender, Kollege Gerhardt, war unserem Anfechtung. Ein Prolog, gesprochen von der Frau eines Kollegen, eröffnete unsere Feier. Sodann begrüßte der Vorsitzende unserer Filiale die Festteilnehmer, den Kollegen Gerhardt und die Vertreter vom ADGB, Partei und Zeitung. Kollege Gerhardt hielt die Festrede. Er überbrachte zunächst die Grüße vom Hauptvorstand. Der Redner verstand es ganz besonders, alle Anwesenden an seine Worte zu fesseln. Er schilderte die Filiale Brandenburg von der Entstehung bis zum heutigen Tage. Im Jahre 1889 wurde hier eine Tapezierer- und eine Sattlerfiliale gegründet. Drei Kollegen waren schon im Jahre 1889 in unserem Verbande als Selbstzahler, wovon der Kollege Grubbe nur noch übrig ist. Ferner war es Kollege Bellin, der sich für die Sache einsetzte. Jubilare sind 16 Kollegen und 2 Kolleginnen vorhanden. Die Brandenburger Kollegen haben in 40 Jahren manch schweren Kampf auszufechten gehabt. Doch sie standen immer ihren Mann. Die Jungen können sich ein Beispiel daran nehmen, denn damals war die Arbeitszeit noch über 70 Stunden und die lange Freizeit wurde zur Agitation verwandt.

Eingehend auf die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung betonte der Redner, daß es schwer

war, unter den Arbeitern Fuß zu fassen; er gedachte der Führer Karl Marx, August Bebel und des Kollegen Ignaz Auer. Man müsse doch im Vergleich zur damaligen Zeit feststellen, daß wir durch die Gewerkschaften ein großes Stück vorwärtsgekommen sind und viele Errungenschaften auf lokalem Gebiet erreicht haben. Gerhardt betonte, daß wir weiter vorwärts müssen, zunächst das Errungene festhalten und besonders in diesem Augenblick, wo die Reaktion über uns hereinzubrechen droht, alles daransetzen, um eine gute und geschlossene Organisation zu haben, die sich den kommenden Stürmen gewachsen zeigt.

Dann wurden Grüße von dem ADGB, der Partei und den Potsdamer Kollegen überbracht. Der Vorsitzende unserer Filiale dankte allen für die überbrachten Glückwünsche und übernahm dann die Ehrung der Jubilare. In würdigen Worten gedachte er der alten Kämpfer, deren Treue man der Jugend zur Nachahmung empfehlen kann. Zum Schluß seiner Ausführungen überreichte er den Jubilaren im Namen der Ortsverwaltung eine Verbandschrennadel und einen Blumenstrauß. Unsere Jubilare sind: Richard Grubbe, 41; Karl Bellin, 40; Franz Wochhoff, 34; Otto Felscher, 33; Emil Schacht, 33; Otto Hünike, 32; Friedrich Ballerstein, 31; Ernst Thielmann, 28; Paul Lehmann, 27; Otto Bebel, 27; Wilhelm Kirchner, 26; Willi Kurze, 26; Gustav Klumpe, 26; Otto Spinnewitz, 26; August Müller, 26; Franz Hübner, 25; Ida Spinnewitz, 26; Helene Guen, 25 Jahre organisiert.

Kollege Paul Weimann dankte mit rührenden Worten für die Glückwünsche der Jubilare und versprach, daß die Jubilare weiterhin ihr Bestes hingeben wollen zum Wohle des Verbandes. Das Doppelmotiv „Kleine Glode“ stellte sich gern in den Dienst der Arbeiterbewegung und brachte einige wundervoll vorgetragene Ehre zu Gehör, die stark applaudiert wurden und den Abend bedeutend verschönten. Bei Tanz und Plaudern aus alter Zeit ging gar zu schnell die Zeit dahin.

Franz Berg.

## Wir und das Saarproblem.

Die Augen der Öffentlichkeit sind wieder einmal stark auf das Saargebiet gerichtet. Gegenwärtig werden in Paris Verhandlungen geführt, die für die Rückgliederung des Saargebietes bestimmt sind. Seine Bewohner erwarten die restlose territoriale und wirtschaftliche Wiedervereinigung mit dem Reich und den Ländern Preußen und Bayern.

Die Kollegen, die in der „Filiale Saargebiet“ unseres Verbandes zusammengefaßt sind, können ruhig sagen, daß sie durch das Umgehen Frankreichs mit den Gruben an der Saar harte Tage hinter sich haben. Der überwiegende Teil der Bevölkerung sind Bergleute. Und da sich nun durch den Abgang der Saar Kohle die Ohnmachtigkeit der französischen Bergverwaltung erweisen ist, über die Masse wirtschaftliche Armut herabgebrochen. Die Nationalisierung, der Grabmesser aller kapitalistischen Unbarmherzigkeit, hat, wie auch im Reich, eine verheerende Erwerbslosigkeit verursacht. Dazu kommen noch Festschickeln im Bergbau und alle möglichen Begleiterscheinungen jämlicher Berufslosigkeit, die keinen gesunden Wirtschaftsgang auskommen lassen.

In der Eisenindustrie sieht es auch trübsalig aus. Die Errungenschaften der Technik strömen nur so herein, und die Arbeiter werden durch das heutige Wirtschaftssystem auf die Straße geworfen.

Für unsere Berufsbranchen ist dadurch eine schwere Zeit erwachsen.

Die wenigen Sattlergehilfen, die noch Beschäftigung haben, leben von dem Bedarf der fargen Landwirtschaft. Viele davon haben in der Industrie, im Bergbau ihre Zuflucht schon vor Jahren gesucht, sind Fabrikarbeiter und Bergmann geworden und schließlich um ihre Sehnsucht betrogen.

Das Tapeziererhandwerk ist schwer zurückgegangen; die letzten größeren Werkstätten sind eingekrumpt. Lange Monate hindurch wird kurz gearbeitet. Dann wieder ausgeliefert oder — wie es in der größten Werkstatt Saarbrückens der Fall ist — billige Stapelware im Alfordlohn hergestellt.

Die Dekorateur in den Barentaufhäusern haben nur wenig zu tun. Es fehlt dem Publikum die Kaufkraft.

Die einzige Branche, die noch tagtäglich zu tun hat, ist die Autobranche. Hier sind die Unternehmungskollegen dünn gelöst.

Für Portefeuliere gibt es keine größeren Werkstätten im Saargebiet. Die französische Einfuhr der Ware ist marktbeherrschend.

Aus dem Reich treffen immer wieder Kollegen im Saargebiet ein, die daselbst wollen wie viele Einzelkämpfer hier: Arbeit! Und sie beklagen, daß im Reich, in den Großstädten auch diese schaurigen

Zustände herrschen wie hier. Dann gehen die ruhelosen Wanderer unserer Klasse enttäuscht weiter, und wir alle denken, das muß doch bald anders werden!

Die Frage: Kommt das Saargebiet vor 1935, vor der Abstimmung wieder an das Reich? — ist noch nicht gelöst. Fest steht aber, daß bei der wirtschaftlichen Lage des Reiches niemand — am allerwenigsten wir — jubeln sollen! Die kommenden Stunden der gesamten europäischen Wirtschaftslage werden ernst sein. Wir geraten von einer Krise in die andere. Und wann wird sich alles ändern müssen? Wenn das Gesetz der Vernunft dem Sozialismus eine Bahn bricht, wenn die vielen Arbeiter vom Sturm der Zeit aus dem Geistesbanne der Reaktion und Spießbürgerlichkeit in unsere Reihen getrieben werden! Dann, Kollegen im Reich — feiern wir gemeinsam: Beizeitung!

## Zum Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat

In seiner Sitzung am 18. Juni hat der Vorstand des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Nachdem der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags die Beratungen der Gelegentwürfe über den endgültigen Reichswirtschaftsrat am 27. Mai 1930 abgeschlossen hat, vertritt der Vorstand des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats einmütig die Ansicht, daß eine weitere Verzögerung der Verabschiedung der Gelegentwürfe durch das Plenum des Reichstags der Wirtschaft gegenüber nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Am 14. Juli 1928 wurden die Gelegentwürfe beim Reichstag eingebracht. Seitdem sind bald zwei Jahre verfloßen, in welcher Zeit immer wieder, nicht nur vom Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, sondern auch von den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Forderung erhoben wurde, den provisorischen vorläufigen durch den endgültigen Reichswirtschaftsrat zu ersetzen. Diese Forderung ist niemals dringlicher gewesen als in der gegenwärtigen Zeit.

Der Vorstand richtet deshalb an den Herrn Reichswirtschaftsminister das dringende Ersuchen, im Reichstag dahin zu wirken, daß die Gelegentwürfe über den endgültigen Reichswirtschaftsrat sobald als irgend möglich zur Verabschiedung gelangen.

## Noch einmal gesundheitschädliche Jollermasse.

Von Karl Reich.

Die Mitteilung des Kollegen Ehrenberg, Dresden, ist eine erneute eindringliche Warnung vor der Verwendung der teerhaltigen, in Benzol gelösten Jollerpräparate; wir ersuchen daraus, daß die Verarbeitung in schlecht ventilierten Räumen direkt mit Lebensgefahr verbunden ist. Mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum konnte ich meine Ausführungen in der Nr. 9 des laufenden Jahrganges unseres Organes nicht weiter ausdehnen. Ich will aber heute die Gelegenheit benutzen und das Material in einigen wesentlichen Punkten ergänzen:

Die Arbeit mit den benzolhaltigen Jollerpräparaten ist nicht allein gesundheitschädlich, die Ausfällungen leben auch an einer ganz bedenklichen Unsicherheit. Je nach dem Grade der im Boden vorhandenen Feuchtigkeit langt die Jollerkraft oft nicht zu, so daß unangenehme Fehlarbeiten sehr oft die Folge sind. Selbst bei geringer Feuchtigkeit ist die Verwendung nicht unbedenklich, weil bei einzelnen Präparaten die Klebkraft des Kopalharzmittels nicht reicht. Mitunter trocknet das Jollerpräparat zu langsam und zwingt das Vinoleum zur Veränderung.

Einer der besten Kenner der Jollertechnik, der bekannte Chemiker Gerhard Schade, beschreibt in der „Tapeze“ Nr. 11 (1930) eine, durch teerhaltige Jollerpräparate erzielte Fehlarbeit. Vor dem Beginn einer größeren Arbeit wurde eine Probebahn mit Jollerpappenbelag ausgelegt. Zum Kleben diente ein teerhaltiges Produkt, das nach vier Wochen noch so weich war, daß man die ausgelegten Pappen direkt vom Boden abziehen konnte. Die Pappenbelag zeigten sich bereits Blasen. Der Fall ist insofern bemerkenswert, als das Jollerpräparat nicht etwa zum Jollieren des Unterbodens dienen sollte, es war lediglich beabsichtigt, ein billiges Klebmaterial zu verwenden. Die Verformung und Ueberfällung der teerhaltigen Jollerprodukte befremdet um so mehr, als in der Fachpresse seit Jahren an zahllosen Beispielen nachgewiesen worden ist, daß der Teergehalt in vielen Räumen eine Geruchbildung erzeugt hat, die nur mit ganz unfaßbaren Maßnahmen, die immer mit nichtenwertigen Kosten verbunden sind, beseitigt werden kann. Ein Präparat, das nach vier Wochen auf dem trockenen Estrich



noch käuflich oder gar schmierig ist, trocknet auch nach einem Jahr nicht, und muß naturgemäßig zur Stoffbildung im Vinoleum führen. Je minderwertiger das verarbeitete Abfallprodukt ist, um so schärfer muß das Lösungsmittel gewählt werden. Ich habe in der Nr. 30 bereits gesagt, daß die flüchtigen Stoffe des Steintoblen- und Brauntoblenleer- ausfuge ihres starken Gehalts an Phenolen die Innanorgane bei der Verarbeitung schädigen müssen. Das während der Behandlung vor dem Schichtungs- ausaustausch im März d. J. in Berlin vorgelegte Sachverständigengutachten beweist nichts weiter, als die Unwissenheit des Gutachters. In der gesamten Fachliteratur, die zur Chemie oder zur Isolier- technik in irgendeiner Beziehung steht, ist unzählige Male nachgewiesen worden, daß der Phenolgehalt der Benzoldämpfe gefährlich ist. Dort, wo die Schädigung zum Tode geführt hat, hat sich schließlich auch die Tagespresse der Sache angenommen. Die „Berliner Morgenpost“ teilt am 12. Februar 1930 unter „Von Koh und Fern“ folgendes mit:

„In der Gummi- und Lederfabrik in Wiener-Neustadt sind durch leichtsinnige Verwendung von Benzol viele Arbeiter und Arbeiterinnen erkrankt. Einige Arbeiterinnen sind bereits gestorben, immer neue Angestellte der Firma müssen sich in Behandlung begeben.“

Solange die Isoliermassen lediglich zum Isolieren benutzt werden, könnte vielleicht eine Berechtigung konstatiert werden. Vorausgesetzt, daß man die Gefahr der Teergeruchbildung nicht unterschätzt und die Verarbeitung in einem gut ventilierten Raume vornimmt. Aber nur wenige von den unzähligen im Handel befindlichen Präparaten eignen sich hierzu. Bei den meisten verbindet die wohllohe Zusammenlegung der Abfallprodukte das Trocknen. Die lebenden Isoliermassen sollen nach der Vorstellung der Hersteller möglichst stark auf die Unterböden aufgetragen werden. Das Vinoleum wird sofort gelegt, auch die Röhre müssen sofort beschneiden werden, weil das Nachkleben in diesem Falle sehr schwierig wäre. Nach dem Anreiben erwartet man, daß die vorhandene Feuchtigkeit zurückgehalten wird, und daß das Vinoleum liegen wird. Oft gehen aber diese Erwartungen nicht in Erfüllung. Die Benzol- dämpfe erzeugen im Vinoleum Blasen, und der Kunde will den Teergeruch im Raume nicht haben.

Einem weiteren interessanten Fall beschreibt wieder in der „Tapez.“ Nr. 9 (1930): Das im Winter mit Isoliermasse gelegte Vinoleum lag vollkommen einwandfrei. In dem größten Zimmer Raum aber im Frühjahr die Sonne Zutritt zum Fußboden. Die teerhaltige Masse hatte aber, wie sich zeigte, nach nicht abgedunsten. Es entstanden unangenehme Teerdünste, und das Vinoleum bildete Blasen. Die Röhre stauten sich und der Inhaber der Wohnung verlangte erklärlicherweise durchgreifende Abhilfe. Nach dem Aufnehmen des Vinoleums mußte der Boden sowohl, als auch die Rückseite des Vinoleums sorgfältig gesäubert werden. Hierfür wurde mit Kopalharzöl geölt.

Es ist auf alle Fälle ungewöhnlich, unpraktisch und außerordentlich bedenklich, ein Isolierpräparat gleichzeitig zum Kleben des Vinoleums zu benutzen. Die Auffassung, daß durch das gleichzeitige Kleben und Isolieren ein Vorteil geschaffen wird, beruht auf einem Trugschluß, weil die Betroffenen die Menge der verbrauchten Isoliermasse niemals nachprüfen können; bei genauer Nachprüfung kann man sich von der Wahrheit leicht überzeugen. Eine Masse, die lediglich zum Isolieren bestimmt ist, soll ganz ohne aufgetragen werden. Der erste Anstrich soll dann dünn aufgebracht werden, wenn zum Zurückhalten nennenswerter Feuchtigkeit zwei Isolieranstriche aufgetragen werden sollen. Der zweite Anstrich soll unter allen Umständen erst nach dem Trocknen des vorangegangenen erfolgen. Durch einen Isolieranstrich wird aber eine glatte Fläche geschaffen, so daß der Verbrauch des dann zum Kleben benutzten Kopalharzölites wesentlich geringer ist, als auf einem Boden ohne diesen Vorstrich.

Den großen Nachgeschäften muß aber auch in Erinnerung gebracht werden, daß ganz abgesehen von den vielen, mit der Verwendung von teerhaltigen Präparaten geschaffenen Nachteilen jede Fehlerarbeit nicht nur das Renommee des Legers und des Fachgeschäfts, sondern auch des Vinoleums im allgemeinen untergräbt. Jeder einzelne muß dazu beitragen, daß durch Verwendung einwandfreier Klebematerialien und Isoliermittel Fehlerarbeiten gemieden werden, denn nur dann kann damit gerechnet werden, daß das Vinoleum immer weitere Verwendung findet. Man vergegenwärtige sich nur die Nacharbeit, wenn die Isolierkraft des aufgetragenen Präparats nicht ausreicht. Das langsam aufsteigende Wasser bringt durch die Poren und Risse der dünnen Isolierhaut, und nach kurzer Zeit bilden beide, das Wasser und die Isoliermasse, einen schmierigen Brei, der beim Umlegen des Vinoleums sorgfältig entfernt werden muß.

Zum Schluß soll noch ganz kurz auf die Isolierung feuchter Wände eingegangen werden. Das vom Fußboden Gefagte trifft hier in vollem Maße zu.

Es ist durchaus irrig, von einem Isolieranstrich die Trockenlegung des Putzes oder einer einzelnen Wand zu erwarten. Wenn wir die Wirkung des Isolieranstrichs an einer nassen Wand näher beobachten, so sehen wir, daß das emaririerte Trocknen nicht eintreten kann, denn Trockenheit heißt Feuchtigkeit verdunsten. Verdunsten bedingt Luftwechsel. Wärme beschleunigt diesen Vorgang. Wenn man also eine Wand trockenlegen will, so kann dies niemals durch das Verschließen der Poren geschehen, selbst die Einhaltung eines bestimmten Wärme- maßes wäre dann zwecklos. Die Verdunstung der Feuchtigkeit ist nur bei einer Hohtraumisolierung möglich.

Stand der Löhne im Verband Anfang Juli 1930.

Lebetswarenindustrie.

(Tarifmindestlohn der über 22 bis 23 Jahre alten Facharbeiter.)

Lohnbezirke und Orte:

Hamburg 112 Pf., Berlin 110 Pf., Leipzig-West- lichen 108 Pf., Offenbach-Frankfurt a. M. 108 Pf., Stettin 104 1/2 Pf., Brandenburg 104 1/2 Pf., Stuttgart- Württemberg 102 Pf., Dresden-Ostschlesien 100 Pf., München 100 Pf., Kassel-Thüringen 100 Pf., Magdeburg 99 Pf., Rheinland-Westfalen 97 Pf., Nürnberg-Nordbayern 95 Pf., Halle 94 Pf., Biele- feld 93 Pf., Heidelberg 92 Pf., Mainz 92 Pf., Dessau 91 Pf., Breslau-Schlesien 89 Pf., Hannover 87 Pf., Frankfurt (Oder)- Ostdeutschland 84 Pf. pro Stunde.

Lebetswarenindustrie.

(Tarifmindestlohn der über 22 Jahre alten Sattler.)

Lohnbezirke und Orte:

Groß-Berlin 126 Pf., Hamburg 116 Pf. (außer- dem betriebliche Kopplage 4 Pf. pro Stunde), Frankfurt a. M. 115 Pf., Bremen 112 Pf. (Leistungszulagen 3 Pf. pro Stunde), München und Vororte 108 Pf., Augsburg 106 Pf., Nürnberg- Fürth 105 Pf., Stuttgart 105 Pf., Stettin 104 Pf., Rothenheim, Kempten, Kaufbeuren 101 Pf., Köln- Dortmund 100 Pf. (außerdem für Frau und Kind pro Kopf 2 Pf. soziale Zulage), Magdeburg 100 Pf., Alperg, Eßlingen, Giebingen, Pfullingen, Reutlingen, Schorndorf und Ulm 100 Pf., Nordwestgruppe 99 Pf. (soziale Zulage wie Köln), Freistaat Sachsen, Ostklasse I: Chemnitz, Dresden, Freital-Deuben, Leipzig-Boitzschappel, Bad. Plauen und Zwickau 93 Pf., Erfurt 92 Pf., Kreuznach 92 Pf., Reichenberg 95 Pf., Rißingen 95 Pf., Aachen 94 Pf., Hannover 94 Pf., Krefeld 94 Pf. (und je 2 Pf. Sozialzulage), Freistaat Sachsen, Ostklasse II: Altmitweida, Bischofswerda, Frankenberg, Glauchau, Meichen, Mittweida, Niederzschlema, Riesa, Seiffhennersdorf, Werdau, Wurzen, Zittau 91 Pf., Barch 89 Pf., Brautweide 87 Pf., Neustadt-Glewe 85 Pf., Hildes- heim 84 Pf., Fahrnaun 82 Pf., Baret 82 Pf., Danzig 1,10 Gulden die Stunde.

Handwerksattler.

(Mindestlohn der Facharbeiter über 23 Jahre.)

Lohnbezirke und Orte:

Bübel 115 Pf., Freistaat Baden, Ostklasse I: 112 Pf., Freistaat Württemberg, Ostklasse I: 118 Pf., Ostklasse II: 113 Pf., Groß-Hamburg 110 Pf., Frankfurt a. M. 110 Pf., Freistaat Württem- berg, Ostklasse II: 108 Pf., Freistaat Baden, Ost- klasse II: 106 Pf., Berlin 105 Pf., Bremen 105 Pf., Rostock 105 Pf., Freistaat Württemberg, Ost- klasse IV: 103 Pf., Freistaat Baden, Ostklasse III: 102 Pf., Freistaat Sachsen, Ostklasse A: Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Zwickau 102 Pf., Hens- burg 101 Pf., Weiskens 100 Pf., Freistaat Thür- ington Ostklasse A: Erfurt 99 Pf., Freistaat Sachsen, Ostklasse B: Annaberg, Aue, Baugen, Barna, Burgstädt, Döbeln, Frankenberg, Grimma, Leisnig, Marienberg, Neustadt, Riesa, Rochlitz, Crimmitschau, Falkenstein, Freiberg, Glauchau, Meerane, Melchen, Delsnig, Birna, Radeberg, Reichenbach, Werdau, Wurzen, Zittau 99 Pf., Altenburg 98 Pf., Freistaat Baden, Ostklasse IV: 98 Pf., Magdeburg 96 Pf., Freistaat Sachsen, Ostklasse C: (weitere 10 Orte) 96 Pf., Freistaat Thüringen, Ostklasse B: 95 Pf., Handwerkskammerbezirk Berlin, Ostklasse B: Bernau, Eberswalde, Ludenow, Dransberg, Rathenow, Strausberg, Wittenberge 93 Pf., Jpehoe 90 Pf., Freistaat Thüringen, Ostklasse C: 90 Pf., Götlich 88 Pf., Stendal 85 Pf., Handwerkskammer- bezirk Berlin, Ostklasse C: (weitere 8 Orte) 83 Pf. pro Stunde.

Jahreszulageindustrie.

(Tariflohn der ältesten Facharbeitergruppe, Sattler und Tapeziererabteilung.)

Lohnbezirke und Orte:

a) Selbstständige Tarife: Groß-Hamburg 135 Pf., Groß-Berlin 126 Pf., Köln a. Rh. 120 Pf., Freistaat Sachsen, Ostklasse I: Dresden, Chemnitz, Leipzig, Plauen, Zwickau 121 Pf., Ostklasse II: Glauchau, Meerane, Reichen- bach, Riesa, Zittau 115 Pf., München 115 Pf., Ost- klasse III: Baugen, Froberg, Döbeln, Gattteuba, Großhain, Hartha, Ramenz, Limbach, Neustadt,

Begau, Rochlitz, Wurzen 109 Pf., Koburg 109 Pf., Mainz (Annungsbetriebe) 103 Pf., Hannover 102 Pf. pro Stunde.

b) Kollektivabkommen in der Metall- industrie:

Halle 90 Pf., Heidelberg 90 Pf., Grünberg 90 Pf., Mannheim 90 Pf., Darmstadt 89 Pf., Frankfurt am Main 89 Pf., Heilbronn 88 Pf., Mainz 88 Pf., Nürnberg 88 Pf., Rüsselsheim 88 Pf., Götlich 86 Pf., Breslau 84 Pf., Liegnitz 84 Pf., Niesky 84 Pf., Werdau 84 Pf. pro Stunde.

Sonstige Branchen.

Groß-Berlin: Felle- und Blänsattler 150 Pf., Segelmacher 150 Pf., Hilfsarbeiter 135 Pf., Maschinenmacher 113 Pf., Handnäherrinnen 98 Pf. pro Stunde.

Groß-Berlin: Vinoleum- und Teppichleger 170 Pf., Teppichklopperinnen 148 Pf., Näherinnen 128 Pf. pro Stunde.

Tapezierergewerbe.

(Tarif- und Mindestlohn der ältesten Fach- arbeitergruppe, in Klammern der Lohn der Nähe- rinnen.)

Lohnbezirke und Orte:

Stadtsgebiet Hamburg 137 Pf. (91), Groß-Berlin 136 Pf. (99), Köln-Bonn 130 Pf. (94), Essen-Kuhr 126 Pf. (78), Frankfurt a. M. (Möbelbetriebe) 125 Pf. (82), Oberhausen (Uttorf) 123 Pf. (81), Groß- Stuttgart, Feuerbach, Waihingen, Zuffenhausen (Möbelbetriebe) 122 Pf. (79), Duisburg 122 Pf. (79), Leipzig 121 Pf. (83), Düsseldorf 121 Pf. (82), Spezial- arbeiter 133 Pf. (105), Frankfurt a. M. (Annungs- betriebe) 120 Pf., Frankfurt a. M. (Stapelbetriebe) 119 Pf. (77), München 119 Pf. (83), Reichenhall 119 Pf., Hagen i. Westf. 118 Pf., Allendorf (Uttorf) 118 Pf., Groß-Stuttgart (Annungsbetriebe), Orts- klasse I: 118 Pf., Würzen 117 Pf. (83), Mannheim- Ludwigshafen 117 Pf. (85), Dortmund 117 Pf. (87), Bremen mit Delmenhorst und Seme- lingen 115 Pf. (87), Wuppertal-Bergisch Land 115 Pf. (93), Stettin 115 Pf., Krefeld 115 Pf., Schweinmünde 115 Pf., Wiesbaden 115 Pf. (80), Nürn- berg-Fürth 115 Pf. (78), Ubed 115 Pf., Darmstadt 115 Pf., Mainz 115 Pf., Halle 114 Pf. (75), Frei- staat Württemberg, Gruppe II (Möbelbetriebe): Eß- lingen, Kirchheim, Ulm, Wendlingen 114 Pf., Lüne- burg 114 Pf., Freistaat Württemberg, Ostklasse II (Annungsbetriebe): Eßlingen, Feuerbach, Friedrichs- dafen, Freudenstadt, Göttingen, Gmünd, Heiden- heim, Heilbronn, Ludwigsburg, Mergentheim, Ra- venburg, Reutlingen, Schramberg, Tübingen, Ulm, Müddab, Zuffenhausen 113 Pf., Dierfen 112 Pf., Braun- schweig 112 Pf., Hamm 112 Pf., Halberstadt 112 Pf., Hettstedt 112 Pf., Osnabrück 110 Pf., Kiel 110 Pf., Chemnitz 110 Pf. (76), Dresden 110 Pf. (75), Weiskens 110 Pf., Magdeburg 110 Pf., Buehlin (Ober-Schl.) 110 Pf., Wilhelmshaven-Küstringen 110 Pf., Rabenau 109 Pf., Sieben 109 Pf., Frei- staat Thüringen, Ostklasse A: Erfurt 109 Pf. (82), Bamberg 108 Pf., Freistaat Württemberg, Ost- klasse III, Annungsbetriebe (Reinstäbe): 108 Pf., Freistaat Württemberg, Möbelbetriebe, Gruppe III: 108 Pf., Stralsund 107 Pf., Plauen 107 Pf., Zschaffenburg 107 Pf., Bielefeld 106 Pf., Freistaat Baden, Ostklasse II: Durlach, Freiburg i. Br., Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Lörrach, Forch- heim, Schwellingen, Säckingen 106 Pf. (78), Hils- heim 106 Pf., Glemzig 105 Pf., Freistaat Thüringen, Ostklasse B: Altenburg, Apolda, Arnstadt, Bad Liebenstein, Bad Sachsa, Bad Salzungen, Blanken- burg, Bielehede, Eilenach, Frankenhäusen, Fried- richroda, Gera, Gotha, Greiz, Heiligenhof, Hild- burghäusen, Hochheim, Ilmenau, Jena, Langenloza, Meiningen, Mühlhausen, Nordhausen, Oberhof, Ober- druf, Rudolstadt, Rulha, Saalfeld, Schleusingen, Schmalkalden, Sondershausen, Sömmerda, Sonne- berg, Waltershausen und Weimar 105 Pf. (79), Augsburg 105 Pf., Rottbus 105 Pf., Schwerin i. M. 105 Pf., Dessau 105 Pf., Königsberg 105 Pf., Rostock 105 Pf., Güstrow 105 Pf., Coblentz 104 Pf., Zittau 104 Pf., Geringswalde 104 Pf., Waldheim 104 Pf., Badum 103 Pf., Freistaat Württemberg, Ost- klasse IV (Annungsbetriebe): 103 Pf., Oldenburg 102 Pf., Speyer in der Pfalz 102 Pf., Kaiserlautern 102 Pf., Freistaat Baden, Ostkl. III: Baden-Baden, Baden (Dob), Bruchsal, Gommaringen, Hattlingen, Rehl, Radolfzell, Rastatt, Sengen, Weiskens 102 Pf., Breslau 102 Pf., Hensburg 101 Pf., Brandenburg 101 Pf., Niedersieben 100 Pf., Freistaat Thüringen, Ostklasse C: 98 Orte 100 Pf. (75), Kassel 100 Pf., Greifswald i. B. 100 Pf., Regensburg 100 Pf., Frankfurt a. d. O. 100 Pf., Götlich 100 Pf., Zehden- ick 100 Pf., Freiberg i. Sa. 100 Pf., Altenstein 100 Pf., Lützen 100 Pf., Bernburg 99 Pf., Bismar 99 Pf., Freistaat Baden, Ostklasse IV: 21 Orte 98 Pf., Baugen 98 Pf., Liegnitz 98 Pf., Göttingen 95 Pf., Stendal 95 Pf., Jpehoe 95 Pf., Freistaat Baden, Ostklasse V: 94 Pf., Erlangen 94 Pf., Eßing 93 Pf., Kolberg 93 Pf., Landsberg a. d. W. 93 Pf., Stolp i. B. 93 Pf., Amberg 90 Pf., Koburg 87 Pf., Danzig 1,38 Gulden pro Stunde.



**Aus der Stapelmöbelindustrie.**

Der Schiedspruch für die Gruppe „Nordwest“ der Eichen- und Stahlindustrie macht Schule. Es scheint, daß nunmehr auch unsere Arbeitgeber den Zeitpunkt für sich als gekommen erachten.

Nachdem vor einigen Wochen die Firma Heiniße Polstermöbelwerke Karl Hemmers in Oberhausen (Rheinl.) das Lohnabkommen gekündigt hat, über den Abschluß eines neuen Lohnabkommens Verhandlungen jedoch bisher noch nicht stattgefunden haben, kündigte die Firma nunmehr auch den Rahmenvertrag zum 31. Juli 1930. Gründe hierfür gibt die Firma nicht an. Da wir jedoch nicht erwarten, daß sie die Kündigungen ausgesprochen hat, um für unsere Kollegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, so müssen wir schon annehmen, daß sie Verschlechterungen durchführen will.

Auch die Firma Essener Polstermöbelwerkstätten G. m. b. H. in Essen hat den Tarifvertrag zum 31. Juli 1930 gekündigt mit der Begründung, daß der katastrophale Geschäftsgang es ihr völlig unmöglich mache, die tariflichen Bestimmungen einzuhalten und die Löhne zu bezahlen. Also der Preis von 7,50 RM. für 8,50 RM. für die Herstellung eines Sofas ist zu hoch.

Die Gründe sind doch zu offensichtlich. Wir wissen, um was es geht. Die Firmen wollen durch die Kündigung der Tarifverträge und Lohnabkommen die gegenwärtige ungünstige Geschäftslage für sich ausnützen. Durch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wollen sie ihre Taschen füllen. Unsere Kollegen sind auf dem Posten sein.

Wir bitten, jeden Zugzug fernzuhalten.

Die Bauleitung.

**Genossenschaftswesen**

**27. deutscher Genossenschaftstag in Lübeck.** Das Parlament des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine tagte vom 16. bis 18. Juni d. J. in Lübeck. Dem Genossenschaftstag voran ging eine Kundgebung der Lübecker Genossenschaften, die als eine der großartigsten Veranstaltungen dieser Art gelten darf. Den Genossenschaftstag leitete Heinrich Lorenz mit einem wirtschaftspolitischen Rückblick auf das Jahr 1929 ein. Die allgemeine Krise ist auch an der Konsumbewegung nicht spurlos vorbeigegangen. Scharfe Anklagen richtete er gegen die konsumverfeindliche Wirtschaftspartei, die Beipiegelung der Konsumvereine, gegen die Zollpolitik der Bürgerhaushaltregierung und die Sonderbesteuerung der Konsumvereine. Der Landwirtschaft könne durch Zoll-erhöhungen allein nicht geholfen werden, notwendig sei eine Abführung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher. Gegen die Ungerechtigkeit der Sonderbesteuerung müssen wir protestieren und handeln; die Mitglieder dürften keinen Groschen in die Taschen der Gegner tragen. Wir halten, so schloß der Redner, in unseren Vereinen die politische und realistische Neutralität hoch, aber wir dürfen nicht tatenlos beiseite stehen, wenn uns die bürgerlichen Parteien mit Sondersteuern belasten und die gegenwärtigen Wirkungen unserer genossenschaftlichen Organisation beeinträchtigen. Wir müssen uns bei kommenden Wahlen die politischen Parteien und deren Vertreter daraufhin ansehen, wie sie zur wirtschaftlichen Organisationsfreiheit der minderbemittelten Volksschichten stehen.

Bei den Begrüßungsansprüchen erklärte Egger vom ADGB, zugleich für den RM-Bund: Die Idee der Genossenschaftsbewegung verfolge das gleiche Ziel wie die Gewerkschaftsbewegung. Die großen Fragen, die heute die Gewerkschaften beschäftigen, gelten dem Bestreben, den Kernsten des Volkes Lebensgrundlage zu verschaffen. Möge die Lagung Waffen schmieben um die neuen großen Aufgaben zu erfüllen.

Ueber die Entwicklung des Zentralverbandes berichtete das Vorstandsmittglied Klepzig, Hamburg. Die Zahl der angeschlossenen Vereine verringerte sich infolge der guten Beschmelzungsarbeit der Revisionenverbände von 1024 auf 991, dagegen stieg die Zahl der Mitglieder von 2 896 756 auf 2 992 278. Die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes erzielten 1929 einen Umsatz von 1242 Millionen RM. Die Umsatzerhöhung betrug 118 Millionen oder 10,5 Proz. Der Wert der eigenen Gütererzeugung stieg von 303 auf 316 Millionen RM, davon entfielen 162 Millionen auf die Backwaren- und 119 Millionen auf die Fleischwarenherstellung. Die Zahl der Verteilungsstellen stieg 1928/29 von 9505 auf 10 124, deren Durchschnittsumsatz erhöhte sich von je 109 000 auf 118 000 RM. Die zusammengefaßten Bilanzen ergaben eine gute Vermögenslage. Die flüssigen Mittel vermehrten sich von 154 auf 199 Millionen RM. Sie sind vor allem auf die Spareinsparungen zurückzuführen, die von 287 auf 374 Millionen RM stiegen.

Den Bericht über wirtschaftliche Angelegenheiten gab Hugo Bästlein. Gegen die unwürdigen Preis- und Strafbestimmungen des Kartellwesens, die es zulassen, daß den Genossenschaften höhere Preise abverlangt werden als dem übrigen Handel, wurde ebenso energig Front gemacht wie gegen die demagogische Agitation der Einzelhandelsverbände. Eine Entschloßung, die sich gegen die Sonderbelastung der Konsumvereine wendet, wurde angenommen. Vor allem protestierte der Genossenschaftstag gegen die Absicht der Reichsregierung, durch das Steuervereinhaltungsgebot die Konsumgenossenschaften mit der Gewerbesteuer zu belasten.

Ueber Hochschulzölle, Steuerbelastung und Ausnahmesteuern referierte gleichfalls Bästlein. Redner geißelte die ungerechte einseitige Belastung der Verbraucher, die zum größten Teil der unbemittelten Bevölkerung angehören. Die Schandsteuer gegen die Konsumvereine nimmt dem Konsumenten von den geringen Beträgen, die sie als Kaballe bekommen, einen namhaften Teil weg, während die Gutgläubigen von dieser Last befreit sind. In der Entschloßung wird u. a. im Namen der Verbraucher die schnelle Beilegung dieses Unrechts gefordert. — Die organisierten Verbraucher werden mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß sie dieses Unrecht dem unter Führung der Wirtschaftspartei stehenden sogenannten Mittelstande zuschreiben haben, vor dessen selbstthätigen Forderungen Regierung und Reichstag zu Kreuz getrieben sind.

Deckung des gesamten Bedarfs im eigenen Geschäft unter strengster Weidung des rücksichtslosen Feindes und Sammlung aller unbemittelten Verbraucher in den Konsumvereinen muß die bald und gründlich zu lösende Aufgabe aller organisierten Verbraucher sein.

Den letzten großen Vortrag hielt der Schriftleiter der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau, August Rasch, Hamburg, der über die Rechtsprechung der Zivil- und Finanzgerichte gegen die Konsumvereine referierte. Er betonte dabei den lassenjustizialen Charakter der Rechtsprechung, der sich auch in heutiger Zeit in dem Gefühl auswirkt, daß Beurteilungen erfolgen, nur weil der Betroffene Arbeiter, Gewerkschaftler oder Sozialist sei. An zahlreichen Beispielen illustrierte der Redner die eigentliche Rechtsprechung gegen die Konsumvereine.

Ueber das Konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen berichtete H. Sierratsow, Hamburg. Die Arbeit der Fortbildungskommission sei Erziehungsarbeit am lebendigen Menschen, sie bezwecke die Festigung des Verantwortlichkeitsgefühls, Freude und Hingabe an unsere Bewegung. Die Genossenschaftsschule, die Spezial- und Frauenerzieher haben gute Resultate zu verzeichnen.

In seinem Schlusswort erklärte Heinrich Lorenz: Die Genossenschaften sind zum Kampf bereit, nun mögen die Herrn von der Wirtschaftspartei kommen, es wird ihnen ausgespielt werden.

**Aus der Gewerkschaftsbewegung**

**Betriebsrat der Textilarbeiter.** Der 17. ordentliche Verbandstag des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes wurde am 18. Juni in Stuttgart eröffnet. In seiner Eröffnungsanrede schilderte der Vorsitzende Schrader die großen Umstellungen, die sich im Produktionsprozeß innerhalb der Textilfabrikation aller Länder vollzogen haben. Groß war die Arbeitslosigkeit. Trotzdem ist es gelungen, die Mitgliedschaft auf der Höhe zu erhalten. Dies ist von besonderer Bedeutung, da 58 Proz. der Gesamtmitglieder Frauen sind. In den letzten drei Jahren führte der Textilarbeiter-Verband 137 Angriffsstreiks mit 151 447 Beteiligten und 49 Abwehrstreiks mit 11 869 Beteiligten. Ausperrungen waren 42 mit 105 270 Beteiligten zu verzeichnen. Das Gesamtergebnis betrug 228 Streiks und Ausperrungen mit 268 343 Beteiligten und 6 133 462 verlorenen Arbeitstagen. Ganz besondere Aufmerksamkeit wurde dem Wöchnerinnenstreik gewidmet. Der Textilarbeiter-Verband fordert sechs Wochen Ruhezeit vor der Niederkunft mit 75 Proz. des Lohnanspruchs. Die Jugendorganisation hat Fortschritte gemacht. Die Zahl der organisierten Jugendlichen wuchs bis Ende 1929 auf 37 000 an, die Jugendzeitung erreicht eine Auflage von 25 000 Exemplaren. Beschlossen wurde auf dem Verbandstag gegen zwei Stimmen die Einführung der Invalidenunterstützung. Die Versicherung soll sich selbst tragen und wird ab 1. Oktober 1930 ein Beitragszuschlag von 10 Pf. erhoben. Bei der Arbeitslosenversicherung wurde die Karenzzeit von 7 auf 3 Tage reduziert. Eine sozialpolitische Entschloßung verlangt Ausbau des Krankens-, Invaliden- und Arbeitslosenrechts und wendet sich gegen die Vorschläge der Reichsanstalt. Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. An die Stelle des verstorbenen Hauptkassierers Jöhms wurde Karl Schönleben, Augsburg, gewählt.

**Rundschau**

**Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen.** Bei der Landtagswahl in Sachsen wurden insgesamt 2 611 017 Stimmen (gegen 2 702 183 bei der letzten Wahl) abgegeben. Davon erhielten:

Sozialdemokraten	871 127 (922 912)	Stimmen
Nationalsozialisten	376 724 (133 058)	"
Kommunisten	355 552 (345 580)	"
Wirtschaftspartei	278 702 (304 884)	"
Deutsche Volkspartei	227 319 (363 382)	"
Deutschnationale	124 300 (218 309)	"
Landvolk	120 497 (140 661)	"
Demokraten	83 571 (105 289)	"
Christlich-Soziale	57 408 ( — )	"
Volkrechtspartei	44 142 ( 70 131)	"
Volkssationale Reichsvereinigung	39 159 ( — )	"
Alte Sozialdemokrat.	19 197 ( 39 568)	"
Partei	14 827 ( 22 129)	"
Komm. Opposition	14 827 ( 22 129)	"

Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt 90.

Auf die einzelnen Parteien entfallen folgende Mandate: Sozialdemokraten 32 (33), Nationalsozialisten 14 (5), Kommunisten 13 (12), Wirtschaftspartei 10 (11), Deutsche Volkspartei 8 (13), Deutschnationale 5 (8), Landvolk 5 (5), Demokraten 3 (4), Christlich-Soziale 2 (—), Volkrechtspartei 2 (3), Volkssationale Reichsvereinigung 2 (—), Alte Sozialdemokraten — (2), Kommunistische Opposition — (—).

**Verschlimmerung der Arbeitsmarktlage.**

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 15. Juni in der Arbeitslosenversicherung 1 505 804, in der Kriegsunterstützung 351 984. Die Zahl der verfügbaren Arbeitssuchenden hat sich um etwa 12 000 erhöht. Die entsprechenden Ziffern vom 15. Juni des Vorjahres betragen 745 700 und 206 000, es ist demnach in diesem Jahr eine Steigerung von mehr als 900 000 festgestellt. Von den bei den Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitssuchenden müssen am 15. Juni rund 2 647 000 als arbeitslos gelten. Es wird die höchste Zeit, daß sich die Regierung dazu aufrafft, ernsthafte Schritte zur Dämpfung der Arbeitslosigkeit zu unternehmen.

**Verbandsnachrichten**

(Besannmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 30. Juni bis 6. Juli ist der 27. Wochenbeitrag fällig.

Pflichtige Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Berichterstattung über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende des zweiten Quartals 1930.

Alle Ortsverwaltungen, die die Berichtskarte für Juni noch nicht eingelebt haben, werden dringend ersucht, das Verlaumte bis spätestens zum 8. Juli nachzuholen.

**Veranstaltungskalender**

Halle a. d. S. Sonnabend, den 12. Juli, findet im Gewerkschaftshaus, Herz, unsere fällige Monatsversammlung statt. Tagesordnung: Abrechnung; Wahl eines Delegierten nach Eichen; Vorbereitung zu einer Hausagitation; Verbandsangelegenheiten. Wir erwarten das Erscheinen aller Kollegen. Zugleich erlauben wir um Uebermittlung der Adressen von Unorganisierten.

**Die Ortsverwaltung.**

Neustadt-Glewe, Dienstag, den 8. Juli 1930, nachmittags 4½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Gastwirt Dierschläger. Die Ortsverwaltung.

Saarbrücken. Alle durchreisenden Kollegen werden ersucht, sich an unsere Bureaustelle im Gewerkschaftshaus, Brauerstr. 6 III, zu wenden. Dort liegt im Sekretariat eine Karte auf, in die die Kollegen jederzeit Einblick über alles, was den Verband betrifft, nehmen können.

Versammlungen jeden ersten Samstag im Monat, abends 7 Uhr, in der Wirtschaft Beppert, Trierstraße, gegenüber der neuen Post.

**Die Ortsverwaltung.**

**Sterbetafel**

Berlin. Am 22. Juni starb im Alter von 80 Jahren unser langjähriger Mitglied, der Kollege Hans Bönke, Tapezierer.

Görlitz. Am 19. Juni starb unsere Kollegin Emma Gräms im Alter von 65 Jahren.

Ehre ihrem Andenken.